

Gescheit täglich
nachmitt. mit Kochrezepten
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
jährlich 5.00 Mk. im Voraus.
Vorzugspreis 1.00 Mk. extra Postgeb.

Die Neue Welt
(Anzeigungsverträge)
durch die Post nicht belieh-
bar, heißt monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 90 Pf.

Esthonia 1902
Kochrezepten-Kalender
Postkarte-Kalender

Die Arbeiter-Zeitung

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion - Geststr. 21, Kor. 2 Cr

Expedition Geststr. 21, Hof part. 7

Interaktionsgebühr
betragt für die Spaltenzahl
bestimmte oberer oder unterer
Preis für Wohnort
Pacht- oder Mietgebühren
Anzahlungen in 10 Pf.
für unentgeltliche Anzei-
gen über die Seite 75 Planaus

Interate
für die fällige Nummer
müssen spätestens bis zur
Einsendung der nächsten
Nummer an die
Expedition eingehen

Einsendungen in die
Postkasten-Nummer
unter Nr. 7506

Vom kapitalistischen Schlachtfelde.

Da ich schon der Bericht der Berufsgenossenschaften auf 1900 erschienen. Darnach sind in genanntem Jahre nicht weniger als

451341 Betriebsunfälle

zur Anmeldung gelangt. Diese ungeheure Ziffer enthält jedoch bei weitem nicht die Gesamtzahl der vorgekommenen Betriebsunfälle, sondern nur die ersteren, welche vorwiegend eine Zuerkennung von Unfallrenten oder wenigstens eine länger als dreiwöchentliche Krankheit zur Folge haben konnten.

Die Zahl der bei Betriebsunfällen getöteten Arbeiter betrug in dem einen Jahre 1900 nicht weniger als 8567. Weitere 1390 Arbeiter wurden im gleichen Jahre infolge von Betriebsunfällen dauernd und völlig erwerbsunfähig, und 51709 Arbeiter erlitten von Betriebsunfällen eine dauernde Teilweise Erwerbsunfähigkeit davon Weitere 45988 Opfer der fatalistischen Produktion wurden durch Betriebsunfälle vorübergehend, zum Teil auf Jahre hinaus erwerbsunfähig gemacht. Die Getöteten hinterließen 17216 Witwen, Kinder und sonstige Angehörige, denen der Getötete der Genußer gewiesen war.

Wie rauchend ist die Zahl der Opfer auf dem kapitalistischen Schlachtfelde zu dem, was folgende Uebersicht seit Jahrzehnten der Unfallversicherung darthut. Sie wurden, abgesehen von den Baugewerks-Berufsgenossenschaften, infolge von Betriebsunfällen

	getötet	erwerbsunfähig gemacht	völlig teilweise vorübergehend
1886	2716	1778	3961
1887	3270	3166	8402
1888	3045	2203	11023
1889	5185	2882	10337
1890	5535	2841	20415
1891	6346	2561	27788
1892	5811	2640	30580
1893	6245	2457	30236
1894	6250	1752	38952
1895	6335	1668	40527
1896	6989	1524	44373
1897	7287	1432	46489
1898	7829	1169	47704
1899	8299	1297	51240
1900	8449	1366	51111

Zusammen. 90333 30566 177117 317619

Das sind entsetzliche Blutziffern! Das Auge braucht nur die einzelnen Zahlenreihen zu überfliegen, um zu erkennen, in wie erbarmungsloser Weise von Jahr zu Jahr das industrielle Zeitalter dem Arbeiter Verderbenbringer wird. Ueber 90000 Leute in kurzen fünfzehn Jahren! Ueber 30000 vollständige Krüppel; über 477000 teilweise Krüppel, denen das Augenlicht gerahmt oder Arme oder Beine weggerissen worden sind und über 317000 teilweise Krüppel! Zusammen reichlich

915000 Opfer auf dem Schlachtfelde!

Und sind das alle Opfer? Reichen sich diesen 915000 Toten und Krüppeln nicht noch weitere Hunderttausende an, die in dem gleichen Zeitraum infolge ihrer Berufsarbeit dauernden Zerstörung erlitten und nimmer als Weisheitsrentner noch täglich 35 Pf. Invaliden-Unterstützung leben müssen?

Dabei darf nicht vergessen werden, daß die scheinbare Abnahme der dauernd und völlig Erwerbsunfähigen nur künstlich dadurch erzielt worden ist, daß die Versicherungsbehörden im Laufe der Jahre sich genötigt haben, einen Krüppel, wenn ihm nicht gerade beide Arme und beide Beine fehlen, nicht für völlig sondern nur für teilweise erwerbsunfähig zu betrachten und dementsprechend zu unterstützen; somit würde die Zahl der Vollkrüppel fast ebenso groß sein wie die Zahl der Getöteten.

Der siebziger Krieg gilt als besonders blutig. Am wohl! In dem ganzen Kriege fielen auf deutscher Seite 2058 Offiziere und Militärbeamte sowie 47320 Unteroffiziere und Soldaten. Sie blieben tot auf dem Schlachtfelde oder fielen nachträglich an Wunden oder Krankheiten. Auch das sind zweifellos irrtümliche Zahlen. Wie weit aber bleiben sie zurück hinter den Blutzahlen auf dem „nationalen“ Schlachtfelde, auf dem deutsche Arbeiter vom deutschen Kapital hingemordet werden, Jahr auf Jahr ohne Unterlass und mit immer steigender Erbarmungslosigkeit.

Wozu gehört wohl größerer Mut: Im Schlachtraum eine feindliche Kugel, eine Mine zu zerren, oder täglich in den dunstigen Schütz zu steigen, in dem der Tod in kaltem Gelächern lauert, oder den giftigwangeren Hühner, in Hühnerhöfen, in Pulvernüssen, in Stahlwerken, an Hochöfen zu arbeiten?

Es ist ein unverzeihliches Verbrechen an sich selbst und ihren Familien, welche solche Arbeiter brauchen, die sich durch patriotische Illusionen erblenden lassen, in Kriegsverdienste, kriegerische Ehren sich geistig zu betheiligen, während das wahre Schlachtfeld des Arbeiters, seine industrielle Tätigkeit, von ihnen unbedacht bleibt. Während die Abertausende von Krieger- und Arbeiter-Opfern im Osten und Westen Deutschlands von Kriegerverweilern gehalten worden sind, gegen den einzigen wirklichen Feind des arbeitenden Volkes, gegen die kapitalistische Ausbeutung, gehalten worden sein, es künde viel, viel besser um die Arbeiterklasse. Freilich, es gehört mehr Mut dazu, mit dem kapitalistischen Unternehmertum den wirtschaftlichen Kampf anzufangen, als sich an abzuscheidenden oder abgetrennten Chinesenstößen oder Franzosenstößen zu betheiligen.

Der Deutscher gilt im Kriege als verächtlicher Feigling. Wohl! Sofern ein Kriegsverweiler in wirtschaftlichen Kämpfen nicht Zehntler an Zehntler zu seinen Feindesgeisern stellt, so lange er sich nicht der Arme der gewerkschaftlich und politisch organisierten Streiter einreicht, so lange er sich vor dem einzigen wirklichen Feinde, dem Kapitalismus, duckt und drückt, muß er sich schämen lassen, von seinen Klassenossen als ein Feigling auf dem gefährlichsten Schlachtfelde, auf dem Schlachtfelde des proletarischen Kampfes, betrachtet zu werden, mag er den Mund auch noch so weit aufreißen über die Helden

thoren, die er mit Geld für Mühsal und Wasserlad vollbringen würde, wenn er einmal einen Krampf, Chinesen oder Nezer zwischen seine patriotischen Kriegereifer bekommen würde.

Tagesgeschichte.

Deutscher Reichstag.

Zur Reichstags-Debatte über die zweite Lesung des Etats sehr lebhaft ein. Der Etat des Reichstags, mit dem begonnen wurde, ließ sich zwar nicht erledigen, dagegen schloß die Diskussion dem Etat des Reichstags der zweite Lesung. Graf Sillow meinte nicht weniger als fünfmal das Wort nehmen, bevor er sich nicht entschloß zu reden. Der Antrag der Debatte gab der jüngst erst in das Haus eingetretene Dr. Barth. Zu recht geschickter Weise benutzte der Führer der freiwirtschaftlichen Vereinigung bei der Gelegenheit den Reichstagsrat zu Erklärungen über die Stellung des Bundesrats zu den Initiativ-Anträgen des Reichstags. Graf Sillow verdrängte sich in seinen Antworten ganz hinter formalen Einwänden. Auf eine Abänderung des Wahlgesetzes einzugehen, lehnte er in seiner ersten Rede ab, später drohte er verheißt mit der Möglichkeit einer Verschlechterung des Wahlrechts, wenn überhaupt die Frage des Wahlrechts im Bundesrat angeht. Auch in der Behandlung der Initiativanträge sollte alles beim alten bleiben. Nach der Darlegung des Reichstagsraters im der Bundesrat ein geradezu mittelalterliches Regierungs-Instrument. Der freiwirtschaftliche Tiedemann, der früher die rechte Hand Bismarcks war, behauptete die Stille, den Wunsch nach Vereinfachung der gleichen Abstimmung im Reichstag offen auszusprechen. Die Umgehung ihrer Einführung darüber kräftigen Ausdruck. Von allen Rednern wurde dem Reichstagsrat verheißt, daß sie mit seinen Worten alles weniger denn zufrieden seien. Obgleich er sich mit großer Lebhaftigkeit auf die Wahlbestimmungen hin, die sich in der Bauwirtschaft der Sozialdemokraten richteten. Sehr lebhaft betrachtete er das Verweiden des Reichstagsrat, daß Neneur eintraten solle, wenn Wahlbestimmungen erwiesen seien. Bis her die Stelle Neneur immer darin bestanden, daß Vandrücke in höhere Stellen verlegt wurden.

Nach dem Etat des Reichstagsraters kam der Etat des Reichstags des Innern dran. Herr Hise hielt seine bekannte sozialpolitische Rede. Er verlangte Beschränkungen für gesundheitschädliche Fabriksbetriebe, einen Kinder- und Bauhandwerksvertrag. Der freiwirtschaftliche Abg. Müller-Meinings be sprach die den Frauen zu ungünstige Gesetzgebung, namentlich auf dem Gebiet des Vereins- und Veramalgamierungswesens. Er streifte dabei das Verbot des Sozialistischen Studentenvereins. Graf Fjodorowski antwortete in längerer Rede auf alle an ihn gestellten Fragen. Man wird von dem 12000 Mark-Minister in unserem Lager keine allzu großen sozialistischen Fortschritte für die nächste Zeit erwartet haben, daß er aber jedem Schein einer Reform so ängstlich aus dem Wege gehen würde, übertrifft doch alle Erwartungen. Für die Regierung häuften sich Schwierigkeiten auf. Die Regierung es gilt, irgend eine arbeitervreundliche Maßregel in die Wirklichkeit zu überlegen. Die Arbeiterfrage ist sehr schwierig, das

421

Der Reizende an Altruisten.

Roman von W. D. Howells.

Uebersetzt von Wilhelm Gumbert.

Bei und in Altruisten ist keiner mehr Galt als Wert; alle sind Wert und Güte zugleich. Die Menschen stellen sich am liebsten denen an, die ihren Genuß teilen. - Ist es nun auf dem Gebiet der Literatur, der Kunst, der Technik oder einer sonstigen Wissenschaft - aber diese Eigenschaft hat sich gerade mehr als eine Barriere, denn als Barriere erweisen: wir haben nämlich herausgefunden, daß wir in Bezug auf Genuß nicht viel gelernt haben, als wir werden anzunehmen bereit waren. - Ist es im Grunde genommen, ist unser Leben ernst, und niemand unter uns ist ganz glücklich, aber er sich nicht in irgend einer Weise um das Wohl der Gemeintheit verdient gemacht hat. Unter Ideal ist nicht, Reden zu haben, sondern Verhalten! Die größte Auszeichnung ist nach unserer Begriffen, wenn jemand ein neues Mittel findet, der Gemeintheit die Arbeit zu erleichtern; er wird aber auch dann nicht Anerkennung verlangen. In der Berrichtung des Guten liegt die Freude und Belohnung; der laute Beifall schmeidet zwar, aber er verletzt auch, und unsere Wohlthäter, wie wir sie nennen, haben gelernt, ihm aus dem Wege zu gehen. Wir sind weit davon entfernt, zu denken, unsere Zivilisation sei vollkommen; aber wir sind sicher, daß unser derzeitiges Ideal vollkommen ist. Was wir bis jetzt erreicht haben, ist, daß wir einen ganzen Kontinent ewigen Frieden gegeben haben; das war eine Geistesleistung begründeten, in der die Möglichkeit eines Mangels an des Lebens Wohlstand ausgeschlossen ist; daß wir den politischen und gesellschaftlichen Fortschritt erreicht haben; daß wir das Gleich zur Abschaffung brachten und den Jura ausfinden; daß wir die Bruderschaft unserer Rasse verwirklichten, ja selbst dem Tode einen Stachel nahmen. Nach diesem Sage hielt der Altruist plötzlich inne und setzte sich. Er hatte eine geranne Weile gesprochen und mit einer Kraft und Wärme, von der mein Bericht nur einen kleinen Bericht gibt; obwohl aber von dem gebildeten Publikum ein auf Teil vollständig abgepasst war und einige Damen bereits ihre

Blöße verliessen und sich nach dem Votol zurückziehen hatten, hatte sich von der Banker nicht ein einziger nach der Platte gerührt; jetzt verhielten sie sich einen Augenblick bewegungslos, ehe auf allen Seiten ein Zischen und Drängen entstand und bewegte Stimmen den Altruist boten, fortzufahren.

Ich sah, wie Neuten Camp einem der langen Durchsicht, die in der Nähe des Altruisten standen, auf die Schilfen flüchtete und mit ausgereizten Armen die Menge zur Hilfe anforderte. Er wird nicht mehr weiter reden; er ist müde, rief er. Wenn aber einer denkt, er habe für seinen Dollar nicht genug gehört, der mag sich an die Nase begeben, wo er sein Geld zurück-erhalten wird.

Die Menge lachte und einige riefen: Bravo, Neut! Camp sah fort. Altruist streckte hat aber das schärfste Verlangen, jeden, der es kann, Neut oder Kind, der mit ihm sprechen will, die Hand zu drücken; und ihr Braut die nicht erst im Geiste abzugeben! Es ist ein Mann! Und ich möchte noch hinzurufen, daß er die nächste Woche mit uns im Hause meiner Mutter verbringen wird und da gern jedem zu Diensten steht.

Der Beifall wollte kein Ende nehmen, die Menge jubelte und flüchtete, bis von den Banken das Gäh zurückfiel, schließlich brachte einer der Eisenbahner ein dreifaches Hoch auf den Altruist aus, in das alle freudig einstimmten. Die Sommergäste brachen auf und bewegten sich über die langgedehnte Weite wie geliebte Schatten dem Votol zu. Die unteren Klassen der Drangtaten vorwärts, um nach Camps Einladung dem Altruist die Hand zu drücken.

Haben Sie je ein albernere Geistesgut gehört? fragte Mrs. Mafels, als unsere kleine Gruppe einen Augenblick stillstand dahinstand.

Ans allen den imaginären Gemeinwesen, von Plato angefangen über Moritz, Bacon und Comenius bis zu William von Morris hat er die schärfste Buppe zusammengebracht. Die je aus alten Worten gefertigt worden ist, sagte der Professor. Zum Ueberflut hat er sie noch mit Trost getropft!

Der Fabrikant schmeig. Der Bankier sagte: Ich weiß nicht, was ich davon halten soll. Ihre Einwände hat er jedenfalls prächtig abgetan. Das erste in der Beziehung, daß Altruisten nur die Realisierung aller dieser höchsten Seelenbedürfnisse sei, machte einen ganz guten Eindruck.

Sogar Mrs. Mafels stimmte ihm zu. Unterdeschied hatten sich noch der Beifall der Rednerinnen zu ihm gewandt. Warum hat denn niemand von Ihnen das Wort genommen, um dem Altruist den Dank für seine Mühe auszusprechen? fragte Mrs. Mafels.

Sie selbst hätten am meisten Veranlassung dazu gehabt, erwiderte der Bankier. Sie haben ihrer eine Menge Geld eingespart. Es war in der That ein Fehler, um nicht unsere Anerkennung auszusprechen. Geld dürfen wir ihm doch nicht anbieten. Es hätte gar keinen Zweck. Sobald er sich auf den Heimweg macht, muß er es ja doch hier lassen.

Das ist gerade so, wenn wir uns für die große Meise nach dem Himmel fertig machen, wozu ist ein. Es ging aber niemand auf den Scheit ein, und ich schloß bald, daß eine solche Anerkennung im Gegenwart des Wohlthätigen etwas nutzlos war. - Mafels Sie nicht, sagte Mrs. Mafels, die, sobald sie sich in irgend etwas verhielt hatte, gegen andere von einer geradezu lebendigen Gefühllosigkeit war, daß wir uns wenigstens verständlich bei ihm bedanken müssen?

Ja, ich denke, das kann nichts schaden, meinte der Bankier, und wir begaben uns alle nach dem Plage, wo der Altruist hand, dicht umlagert von der Menge Bauern und Arbeitern, mit denen er herabsteigende Handdrücke austauschte, sich auch mit dem einen oder anderen in ein kurzes Gespräch einließ.

Wir hörten gerade, wie einer der Eisenbahner ihn ganz nahe fragte: - Nichts? keine direkte Wahrnehmung mit Altruisten? - Nein, erwiderte Komos lächelnd, man muß ihres Meer und der Weg ist weit.

Wollen Sie mich nicht mitnehmen? Ich würde gern meinen Teil arbeiten. - Ah, erwiderte der Altruist, mit dem milden Lächeln, das ihm immer wenn Herz gewonnen hatte. - Ihr müßt nicht Altruisten aufsuchen. Ihr müßt es zu Euch kommen lassen!

Das ist das richtige Wort! rief Neuten Camp demüthig. Altruisten müßte hier eben so zu Recht bestehen wie dort!

Jetzt meinte sich der alte Farmer, der den Altruist mehrmals unterbrochen hatte, mit leiser gedankten Stimme das zu sagen. Wie Sie erzählen, daß man in Altruisten das Geld nicht mehr kennt, mußte ich daran denken, daß manche von uns in dieser Beziehung auf Altruisten ganz nicht durch irgend eine Barriere, ich zum Beispiel, bekommen fast mehr als fünfzig Dollar das ganze Jahr zwischen die Finger.

einzuweisen. Die Vertreter, etwa 40 an der Zahl, stellten sich um 6 1/2 Uhr beim Bureau des Direktors ein und hielten der Dinge, die da kommen sollten. Zunächst fragte der Herr, ob das sämtliche Vertreter seien? Einer der Erschienenen erwiderte darauf, daß freilich mehr Vertreter vorhanden sein müßten, entsprechend der Zahl der auf der Werk beschäftigten Arbeiter. Es sei aber seit 2 Jahren keine Rekrutierung erfolgt. Der Direktor schien diesen Einwand jedoch überhöht zu haben, denn er sagte: „Man immer herein!“ Sodann fragte er die Leute, ob die Arbeiter willens seien, am 27. Januar, dem Geburtstage Wilhelm II., zu feiern. Mancher werde doch wohl meistens gern am Kirchgang der Kriegereine teilnehmen wollen. Als sich niemand fand, der der Ansicht des Direktors beistimmte, fragte dieser weiter, wer von den Erschienenen denn Mitglied eines Kriegereines sei. Erst auf wiederholtes Fragen meldeten sich 2 Mann. Doch auch diese zeigten sich nicht geneigt, den Arbeitstag zu opfern. Von den übrigen Leuten erklärte einer, das man wegen der drei Festtage schon eine schlechte Zahlung gehabt habe, und daß mancher Arbeiter der Werk nicht zu leben haben werde, wenn er wieder einen Tagelohn einbringen müßte. Der Direktor meinte erstaunt: „Nanu, nanu? Wer bei uns arbeitet, hat immer was zu leben!“ Hierauf ließ er darüber abstimmen, ob am 27. Januar auf der Werk die Arbeit ruhen solle. Die Vertreter erklärten sich jedoch einstimmig gegen diesen Antrag.

In der That, eine ganz unverschämte Zumutung an die Tausende fast ausschließlich sozialdemokratischer Arbeiter, durch eine Arbeitsruhe am Geburtstage des Kaisers der Germania werft den empfindenden Anstand eines besonderen Patriotismus zu verleihen. Wenn Herr Krupp, der Führer der Germania, durch eine Demonstration seine Loyalität nach oben hin bekunden wollte, so hätte er den Arbeitern den Lohn für den ausfallenden Arbeitstag zahlen sollen, er hat's ja dazu. Aber so weit geht der Patriotismus selbst des Herrn Krupp nicht; sogar die Kosten für die patriotische Unternehmens-Nelema sollen die Arbeiter zahlen!

Der lange Wölfer scheint bei dem starken Ordnungsregen am 18. Januar unter einem Schirm gefahren zu haben. Erst jetzt ist ihm das Wäglein zugefallen: ein roter Adler 2. Klasse.

Der nationalsozialistische Herrmann, der infolge Heuerhebung schon seit Wochen sich von seiner politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit zurückziehen mußte und zur Zeit in A. L. G. Erholung suchte, soll, wie die Tagl. Nachrichten erzählt, dabei neuerdings so heftig erkrankt sein, daß jedenfalls auf eine baldige Wiederherstellung kaum zu hoffen ist.

Der Gouverneur von Togo, Köhler, ist in Rome gestorben. Er war seit 1895 Landeshauptmann, seit 1898 Gouverneur in Togo.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Schweden der Schneidermeister Ferdinand Jacoby zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Es ist dies die 12. Kaiserbeleidigung, wegen der Jacoby ins Gefängnis geht.

Anslaud.

Frankreich. Eine schwere Niederlage erlitten haben die Sozialisten in Roubaix. Seit dem Jahre 1892 sind in dieser Stadt die Sozialisten am Ruder, sie hatten die Mehrheit im Gemeinderat und die Verwaltung (Magistrat) war demgemäß in ihren Händen; der Bürgermeier Garret war einer der ihren. Vor kurzem hatten die 23 sozialistischen Gemeinderäte und der Bürgermeier ihrer Aemter niedergelegt, weil das von ihnen der Kammer vorgelegte Projekt betreffend die Reformen des städtischen Detrol von dieser nicht angenommen wurde. Bei der Wahl am letzten Sonntag wurden von den 23 nur 7 wiedergewählt; die 16 übrigen Sitze wurden von den Reaktionsären erobert. Damit haben die Reaktionsären mit 29 Sitzen die überwältigende Majorität gegenüber den 7 Sozialisten erlangt.

In der bürgerlichen Presse ist großer Jubel über den Sieg der Liberalen über die Sozialisten. Le Temps glaubt dies als ein Zeichen deuten zu dürfen für den Niedergang des Sozialismus in Nord-Frankreich. Roubaix habe das „revolutionäre Joch“ kennen gelernt und habe es abgestreift. In der Weiße Republik herrscht Gerucht, daß die Meinung der Sozialisten nicht dem Sozialismus, sondern nur der französischen Arbeiterpartei (Guesbisten).

Spanien. Die Auslandsbewegung in Barcelona nimmt bedenkliche Formen an. Dienstagabend versammelten über 3000 Arbeiter vor dem Gemeindebau eine Kundgebung. Sie verlangten einen Zufuß und Arbeit und drohten, die Häfen zu plündern, und die Tiere im Zoologischen Garten zu töten und zu versetzen.

Türkei. Die Furcht vor der jungtürkischen Bewegung. In Konstantinopel beschlagnahmen die Polizei eine große Anzahl jungtürkischer Proklamationen, in welchen zum Widerstand gegen das jetzige Regime aufgefordert wird. In Albanien hat der Sultan 12 albanische Führer, welche verdächtig sind, Beziehungen zu Jungtürken unterhalten zu haben, ins Gefängnis werfen lassen.

Neue Unruhen in Armenien. In Zandachli Misch kam es zwischen armenischen Banden und türkischer Gendarmen zu wiederholten blutigen Zusammenstößen, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Den armenischen Banden ist es gelungen, zu entkommen.

Norwegen. Frauen als Gerichtsbesitzer. Das Odelsting nahm am Dienstag einen Gesessentag an, nach welchem Frauen als Gerichtsbesitzer zugelassen werden.

England. Im Parlament wurde am Dienstag mit 333 gegen 213 Stimmen der Antrag des Liberalen Campbell abgelehnt, der, wie mitgeteilt, ein Todesurteil für die südafrikanische Politik der Regierung enthielt.

Äßen. Aus Niederländisch-Indien. Der Redakteur des Soerabaja-Courant hat kürzlich in seinem Blatte die Vorgänge besprochen, durch die die Expedition nach Djambi (Sumatra) zu Lande gekommen ist, die schon so viel Blutvergießen und Leid sowohl auf Seiten der Eingeborenen, als auch auf der der Niederländer zur Folge gehabt hat. Als Zweck der Expedition hatte die Regierung angesehen, die militärische Macht in der Provinz Palembang zu verfestigen, um endlich Ruhe und Ordnung im Sultanat Djambi herzustellen. Van Kol hatte in der Kammer den Krieg bereits vorausgesetzt, und der Soerabaja-Courant, der Java-Bode, sowie andere indische Blätter hatten davon gewarnt. Wenn die Expedition dennoch zu Lande kam, so ist das darauf zurückzuführen, daß selbständige kapitalistische Interessenskräfte über das Urteil erfahrener Leute siegte. Hierbei sollen auch sehr unaufrichtige angewandte worden sein. „Es ist eine Pflicht der Vaterlands-„liebe“, schreibt der Redakteur des zuerst erwähnten Blattes, „die mich zwingen müßte, jetzt zu schweigen? Ich glaube das nicht. Die so wie in Javens zum Schweben verurteilten europäischen Bevölkerung Javens glaubt, daß große Summen Geldes

den Stabsoffizieren der niederländisch-indischen Armee und hochgestellten Verwaltungsoffizieren angeboten worden sind, wenn der Feldzug indisch würde und die Konzeptionen erteilt würden. „In dieser Gänge allein nicht bereits Grund genug, um eine Untersuchung durch die Regierung zu provozieren, damit kein Rang noch Amt durch falsche Verdienste beiseite werde, denn, wenn das Geschick Wahrsager hätte, die Regierung zur Verantwortung gezogen hätte, die sich um die Gewinn für Geld verkaufen, und sich mit vielfachem Mord belasteten.“ Die sachverständigen Darlegungen, die Genosse Van Kol vor kurzem in der Zweiten Kammer über das sozialdemokratische Kolonialprogramm machte, haben in den Kolonien große Sympathien erweckt. Der in Batavia erscheinende Java-Bode brachte kürzlich ein Eingeständnis, worin zur Gründung eines Wahlfonds für solche Mandatanten, die das Kolonialprogramm der sozialdemokratischen Partei unterstützen, aufgeführt wird. Der Genosse spendet jetzt 50 Gulden für diesen Zweck. Van Kol wird der populäre Mann in Indien genannt. Indien, sagt der Genosse, hätte an die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei eine Ehrenschick abzugeben. Dem Genossen Van Kol sollen die zu sammelnden Gelder bei seiner Ankunft in Indien für die Parteifolge überreicht werden. Die Redaktion des Java-Bode erklärt sich bereit, für diesen Zweck Geld in Empfang zu nehmen, obgleich sie nicht das ganze Programm der sozialdemokratischen Partei anerkennt.

Zum Zollkrieg.

Die Zollkommission des Reichstages

lehnte gestern den Antrag Singer auf Vorlegung der Protokolle des wirtschaftlichen Ausschusses noch längerer Verhandlung ab. Die Vertreter der Regierung beschränken sich auf die den Sachverständigen gewährte Zustimmung der Geheimhaltung ihrer Aussagen. Angenommen wurde ein Antrag Brömel, der Kommission die Liste der vernommenen Sachverständigen und die Punkte, über welche sie gehört wurden, mitzuteilen. Von den 14 Punkten des § 5 des Zolltarifgesetzes, welcher die vom Zoll befreiten Gegenstände aufzählt, wurde am Mittwoch nur einer erledigt. Nr. 10, welche von der Zollfreiheit der Musterkarten und Muster in Abzügen und Proben handelt, wurde unter Annahme einer von Abgeordneten Gothen beantragten Einschränkung angenommen, wonach zwar Muster von Nahrungsmitteln und Genussmitteln von der Zollfreiheit ausgeschlossen sind, jedoch die mit der Zoll eingehenden Proben und Muster von Kaffee, Kakao, Zucker, Holzwaren und getrockneten Früchten im Gewicht bis zu 500 Gramm zollfrei bleiben.

Die Kommission gebrauchte 2 1/2 Stunden zur Erledigung des Antrages auf Mitteilung der Protokolle des wirtschaftlichen Ausschusses und hatte, nachdem 8 Redner der Konservativen gegen den Antrag gesprochen hatten, für die Beratung des Zolltarifgesetzes nur noch eine Viertelstunde Zeit.

Die freiwirtschaftliche Partei und die Deutsche Volkspartei haben in ihrer Fraktionsführung am Dienstag beschlossen, den Antrag einzubringen, einen neuen Paragrafen einzufügen, dazu bestimmt, mit dem Aufzehrten des neuen Zolltarifs alle kommunalen Abgaben auf Brot und Fleisch aufzuheben. Ferner haben die Fraktionen beschlossen, gegenüber dem Antrag des Zentrums wegen Verwendung der Wehrverträge aus dem neuen Tarif für Witwen und Waisen zu bestimmen, daß von 1903 ab eine Summe von jährlich 10 Millionen Mark für die Witwen und Waisen verwendet wird, welche häufig zu machen ist durch Aufhebung der Ausfuhrprämien für Zucker und durch Aufhebung der Zölle bezogen für die Branntweineinkener.

Zollfreies und Gerichtliches.

Der Staatsanwalt für und gegen die „Verbrecherhande“. Gegen den Redakteur der „Presse“, Volkswacht, Gen. Klüh, erhab die dortige Staatsanwaltschaft Beleidigungsklage im öffentlichen Interesse, weil er einen Mühlenbesitzer beleidigt haben soll. Klüh hat nämlich Mitteilungen erhalten über Mischlinge in einer dortigen großen Mühle. Darauf hin schrieb er an den Besitzer der Mühle einen Brief, worin er die von den Mitteilungen hervorgehende Gefahr für die Gesundheit zu geben, die Mischlinge, von denen er voraussetzte, daß sie den Besitzer unlesam seien, zu beiraten. Durch diesen Brief, den er nicht veröffentlicht, soll er die Beleidigung begangen haben. Das Schöffengericht sprach ihn jedoch frei, weil es in dem Briefe nicht die gemeine Beleidigung finden konnte. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und das Verfahren scheint nur noch in der Verhandlung zu liegen.

Ein Verleumdungsdirektor nannte als Range vor Gericht die Redakteure der Volkswacht „Verbrecherhande“. Darauf beantragte Klüh bei der Staatsanwaltschaft die Erhebung der Beleidigungsklage gegen diesen Herrn. Der Antrag wurde von derselben Staatsanwaltschaft abgelehnt, weil kein öffentliches Interesse an der Verurteilung vorliege.

Was mag wohl die Dresdener Staatsanwaltschaft unter „öffentliches Interesse“ verstehen? § Preisgesprochen von der Anklage der Schuhmann-Beleidigung wurde in Königsberg Gen. Redakteur Wöste. Welche hatte die Nummer, in der die angeklagte Beleidigung enthalten war, veranlaßt, zu ermitteln, was aber an dem Ende daran verhindert, den Inhalt des Blattes kennen zu lernen, da er den ganzen Tag als Schöffe den Gerichtsverhandlungen beigewohnt hatte.

Parteinachrichten.

— **Totenliste der Partei.** In Frankfurt a. M. starb im Alter von 65 Jahren der Schuhmachergewerliche Adolf Döring. Er war Mitglied des dortigen Bezirks-Ferdinand-Kalldes des Allgemeinen Arbeitervereins bis zu dessen Auflösung und zudem den späteren Organisationen angehört. In den 1880er und 70er Jahren wirkte Adolf Schneider sehr viel als Redner und auch noch unter dem Sozialistengesetz war er für die Agitation thätig. In den beiden letzten Jahrzehnten trat er jedoch nicht mehr öffentlich auf, solange er war er unter den jüngeren Mitgliedern nur wenig bekannt. Aber er hielt unentwegt zu unserer Sache und förderte sie im stillen. Umlere Parteigenossen werden dem treuen Kämpfer ein ehrendes Andenken bewahren.

— **Mit der Angelegenheit der Erfurter Tribüne** beschränkten sich die Vertreter in Weimar und in Kassel (S. 24.). In beiden Vereinen wurden Resolutionen angenommen, die sich auf Grundrunds Seite stellen und die Rücknahme der Kündigung wünschen.

— **Im Sozialdemokratischen Verein Wagnburg** wurde beschlossen, von jetzt an wieder monatliche Beiträge an die Hauptstelle in Berlin abzuführen. Die Söde derselben soll der Vorstand von Monat zu Monat bestimmen. Für Januar wurde indes besonders der Betrag von 500 M. abzuführen.

— **Parteiwoche.** Zum 1. April tritt Genosse Stampfer aus der Redaktion der Leipziger Volkszeitung, die er seit der Entkränkung Schönlauns geleitet hat, aus; an seiner Stelle übernimmt Genosse Wilhelm Blos die Chefredaktion.

Gewerkschaftliches.

Ein neuer Glasarbeiter-Streit in Elst! Nachdem die Firma Siemens in Dresden die Glasfabrik Witzge

übernommen hat, erließ diese alle die Befehle betreffend die Arbeitszeit in der Tagesfrist um 40 Minuten, in der Nachtfrist um 30 Minuten verlängert wird. Der Arbeiter, welcher ebenfalls in Arbeit tritt, fundierte eine bedeutende Vorkundmachung an. Auf einen Beweis der Arbeiter, daß mit diesen Bedingungen erst in vierzehn Tagen begonnen werden konnte, erklärte der Direktor, daß die Anordnungen sofort in Kraft treten. Eine Belehrung, daß das Vorgehen völlig ungesetzlich sei, nutzte nichts. Daraufhin trat die Fabrik in Arbeit. Die Arbeiter traten in vierzehn Tagen in Arbeit treten sollen, und wurde dann die Arbeit aufgenommen. — Am Sonntag fand nun in Witzge eine Versammlung der Glasarbeiter statt, die von circa 600 Arbeitern besucht war. Die Versammlung sprach ihre Entschlossenheit aus, die Forderungen der Arbeiter nicht nachzugeben, erklärt, daß die Forderungen unbedingt zurückgegeben werden müßten. Der Arbeitsvorsteher Strick wies ein dringlich darauf hin, daß alles verhandelt werden müßte, um eine Einigung zu erzielen. Ein Streit zur jetzigen Zeit ganz unmöglich und völlig ausichtslos sei. Gleichwohl gab er die Erklärung ab, daß der Zentralratstand den Streit nicht genehmigen würde. Die Versammlung, welche den Beschluß, nochmals den Arbeiterausguss nach dem Kontor zu entsenden, um eine Einigung zu erzielen. Befest jedoch die Firma darauf, die gestellten Bedingungen voll ausrecht zu erhalten, dann soll nächsten Sonntag wiederum eine Versammlung stattfinden, in der die weiteren Schritte beraten werden sollen. Die Erörterung der Arbeiter ist unangebracht. Sollte die Firma auf ihrem Standpunkte beharren, dann dürften alle Ermahnungen nichts nützen und es stellen in circa drei Wochen 420 Glasarbeiter, die etwa 700 andere Arbeiter in Witzge beschäftigt sind, die Arbeit ein. Der Verhandlungsstand will alles anbieten, um dieselben von ihrem Standpunkte abzurufen. Die Zeiten des Handels sind für die Firma zwei Genossen zur Verfügung gestellt. Bisher war nur einer am Ort, jetzt drei.

Die Tüßeldorfer Steinarbeiter und Polsteure waren mit der Groß-Verwaltung wegen Lohnforderungen unentwederungen. Die Arbeiter traten in den Anstand und die Firma mußte der guten Organisation der Arbeiter nachgeben. Die Forderungen der Arbeiter sind glatt bewilligt worden.

Handelskammer.

(Sitzung vom 22. Januar im Grand Hotel Bode.)

Nach der Einführung der neuwählten Mitglieder, der Konstituierung der Kammer, Wahl des Vorsitzenden, der Ausschüsse etc. wurde der Etat genehmigt. Der Haushaltsplan wurde in Einnahme und Ausgabe mit 37 175 M. vorgelegt. Ein Gehälter wurden 12 500 M., Anzeigefonds 600 M., für Druckkosten einschließlich Jahresbericht 5000 M., für Reisekosten und Lagerung für 120 M. und für Bekleidung und für den Anstand 2000 M. Mark ausgeworfen. Wörtlich wurde das zu spät Erschienen des Handelskammerberichts und es soll darauf hingewirkt werden, den nächsten Bericht vielleicht schon zu Diern erscheinen zu lassen. Ueber die Fernverkehrsverbindungen von Zeit nach wichtigen Handelsplätzen erstattete Herr Z. eine Bericht. Der Verkehr in und aus der Zeit habe sich sehr verbessert und insbesondere erwidere der Bund mit anderen Städten verbunden sein, berechtigt. Im Bezirk Zeit waren jetzt 80 Bahnhöfen mit über 6000 Arbeitern vorhanden. Die Handelskammer in Halle will das vorliegende Material prüfen und sich dann bei der Oberpostdirektion für die Fernverkehrsverbindungen bemißen.

Ueber die am 8. Januar 1902 stattgehabte Sitzung des Preisfestsetzungsrates referierte Herr Z. ein Vortrag. Er hat die Wünsche bezüglich der mangelhaften Durchführung nicht berücksichtigt, obgleich immer wohlwollende Berücksichtigung zugezogen wurde. Die Herren Eisenbahndirektoren sind immer da, woher, sie wären nicht genügend informiert, weshalb gebeten wurde, etwaige Bahnplanänderungen immer vorher zu unterbreiten, wenn diese den Verkehr beeinträchtigen. Das Eisenbahndirektorium hat sich bereit erklärt, die Wünsche der Kammer vollständig zu berücksichtigen, ohne die Bezirksbahndirektoren zu fragen. Als er, Hedner, die Sache in der Sitzung moniert habe, sei er vom Vorsitzenden unterbrochen worden, worüber eine scheinbare Erregung entstanden sei. Abgeordnete anderer Handelskammern hätten ihm, Hedner, über zugekommen und die beschriebenen Punkte hätten meistens doch nicht berücksichtigt. Der Vorsitzende hat die Kammer Fälle protokolliert worden sei. Die Sache soll im Landtage zur Sprache gebracht werden. Der neue Saal für den Bezirksbahndirektor habe eine so schlechte Luft, daß mehrere Herren wenig verstanden haben. Die nächste Sitzung soll am 25. Juni stattfinden.

Unter sonstigen Anträgen und Mitteilungen wurde ein Antrag der Handelskammer Grundaus unterbreitet, wonach die Regierung gehoramt gebeten wird, eine Revision der Gewerbeordnung bezüglich der Lohnzahlungsbücher für Minberjährige vorzunehmen. Man möge die Lohnzahlungsbücher, die eine unwillkommene Befähigung für die Unternehmer und auch nachteilig für die jungen Leute sind, abschaffen. Als die Mitglieder seiner Zeit von unserer Partei als höchst unzulässig bezeichnet wurden, wollte die Regierung dieses nicht glauben, und heute erklärt der Antrag der Handelskammer Grundaus, daß die Bücher, die hohe erscheinende Bedeutung, die sich die Regierung davon verspricht, nicht haben. Eine Kontrolle der Verträge wurde dadurch vollständig ausgeschlossen, da schließlich die in großer Zahl der Arbeiter, die in der Kammer mit nach Hause nehme. Besonders beunruhigend für die Arbeitgeber sei, daß die Entnahmen mit Tinte zu bewirken und von dem Arbeitgeber selbst oder dem Betriebsleiter vorzunehmen sind. Die Bücher werden als ein Verd zu Uebertragung von Kontrahenten angesehen. Es sollte doch genehmigt werden, die Bücher wieder einzuführen, mit dem Stempel der Firma unterzeichnet werden. Die sozialpolitische Gesetzgebung verlange viel Mühen von dem Arbeitgeber, die durch den nicht zur Befähigung führen. Unredliche Bestimmungen erregten Unfrieden bei dem Unternehmer. Angeregt wurde auch in dem Antrage, den Eltern vielleicht durch eine solche Befähigung der Unternehmer mitzuteilen, was die jungen Leute verdient haben. Der Vorsitzende wollte den Antrag einer Kommission zur Vorkprüfung überweisen. Der Schriftführer Stadtr. Schmidt sprach aber dagegen, mit dem Wunsch, den Antrag der Handelskammer Grundaus zu unterstützen. Wenn man eingehen, daß die gesetzliche Bestimmung zwecklos ist, dann möge man auch die Bestimmung derelieren verlangen. Es ist nicht möglich noch beizubehalten, wenn die Bestimmung der Kammer zu Hause eine Duldung mitbringen müssen über den empfangenen Lohnbetrag. Die Handelskammer sprach sich dahin aus, den Antrag nach nochmaliger Prüfung zu unterstützen.

Ein Antrag der Handelskammer in Seidenheim (Schwaben), welche Recht unter 100 M. nicht mehr zu verabschieden wurde abgelehnt, da keine Veranlassung vorliege, die Beschäftigung zu ändern. Man solle doch froh sein, daß heute jeder Staatsbürger wechselfähig sei, was früher nicht der Fall war. Zwei Anträge betreffs der Ruhezeit im Handelsgewerbe und des 8 Uhr-Abendstuhnes sollen geprüft und event. berücksichtigt werden.

Dattung aus Quesfurt.

Die Nr. 26 2—24, 27 205, 29 240, 30 6—, 31 210, 32 5—, 33 210, 34 178, 35 355, 36 590, 37 145, Obhanen Nr. 28 5 M. Der Betrag ist bereits nach dem Gehaltsabgefragt. Reinhold B. Qu. jun. Thaldorf 3. März.

Sprechstunde der Redaktion nur mittags von 12 bis 4 1/2 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Edl. Gieswint in Halle.

Achtung!

Eröffnung.

Achtung!

Dem geehrten Publikum sowie Freunden und Genossen zur Kenntnis, daß die

Volksbuchhandlung

von Mannischestraße nach

21 Geiststrasse 21, 1. Hof rechts

in die früheren Räume der Expedition des Volksblattes verlegt und am heutigen Tage eröffnet wurde. Um werten Zuspruch bittet

Die Volksbuchhandlung.
F. A.: Schmidt.

Öffentliche Gewerkschafts-Versammlung

Montag den 27. Januar abends 8 1/2 Uhr im „Konzerthaus“, Marktstraße.

Tagesordnung: 1. Bericht des Arbeitersekretärs **Güldenber** über seine Thätigkeit im vorigen Geschäftsjahre. 2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Eintritt für jedermann frei.

Das Gewerkschaftskartell.

Diemitz.

Sonnabend den 25. Januar 1902 abends 8 Uhr im **Diemitz Schützen**
Wahlerversammlung der 3. Abteilung.

Der Einberufer.

Freirelig. Gemeinde Weiskensels.

Sonntag den 26. Januar abends 8 1/2 Uhr

General-Versammlung.

Vorstandswahl. Berichtedenes.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler, Zilliale Halle a. S.

Sonnabend den 25. Januar abends 8 1/2 Uhr im Saale der „Moritzburg“, Sarg 51

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Konsum-Verein zu Teuchern.

G. G. m. b. S.

Die Tagesordnung der am Sonntag den 26. Januar 1902 nachmittags 3 Uhr stattfindenden

General-Versammlung wird dahin erweitert, daß unter Punkt 3 wie folgt verhandelt werden soll:

Stellungnahme des Antrages der Weiskenseler Genossen, betreffs Gründung einer Filiale in Weiskensel.

Als Punkt 4 wird über Geschäftliches verhandelt.
Teuchern, den 21. Januar 1902.

Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins zu Teuchern. G. G. m. b. S.
G. Petermann, Vorsitzender.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Bitterfeld.

Sonntag den 26. Januar 1901 abends 7 Uhr in Selzners Lokal

Stiftungs-Fest

verbunden mit Kappenball. Der Vorstand.

Es ladet ein

Familienklub „Frisch auf zur Richards-Ruhe“.

Maskenball

Sonnabend den 25. Januar findet unser

Freunde und Gönner sind hierzu freundlich ein-

geladen. Der Vorstand.

Ohne Karte u. Kinder unter 14 Jahren kein Zutritt.

Karten im Vereinslokal „Konzerthaus“ und beim

Vorliegenden Reinhardt, (Str. Berlin 1, zu haben.

Stadt-Theater Halle a. S.

Freitag den 24. Januar 1902

abends 7 1/2 Uhr

131. Vorst. i. F. A. 95. Abom. Vorst.

3. Viertel. Farbe blau.

Alt-Heidelberg.

Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm

Meier-Hörner.

Sonnabend den 25. Januar 1902

132. Vorst. i. F. A. 96. Abom. Vorst.

4. Viertel. Farbe blau.

Der Zigeunerbaron.

Komische Operette in 3 Akten von

Joh. Strauß.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller**
am Kiebedol, nächste Nähe vom
Kauer-Beinhorf.

Täglich:

Das großart. **Riesenprogramm.**

William Orford's

Wunder-Elefanten.

Die größte Attraktion einer Variete-

Bühne

Allabendlich stürmischer Applaus.

Mlle. Bollero,

die bildhübsche spanische Verwand-

lungs-Tänzerin. Gutsüt. Hofmusik.

Europa in ihrem National-Tänzen.

Brothers Jamm,

die irrländischen Akrobaten.

Die sensationelle Reueheit auf gym-

nastischen Gebiet.

La belle Lorraine,

mit ihren Boien gefüllt nach be-

rühmter Meistern,

und

das übrige **Schlager-Programm.**

Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

Donnerstag den 6. Februar

grosstes

Elite-Maskenfest

Freitag

Schlachtefest.

J. Hanne

Adolfstr. 30.

Morgen Freitag 7. März u. Samstag

F. Bernich, Zeitl, Müllstr.

Walhalla-Theater.

Direktion: **Rich. Hubert.**

Grossartiges Programm!

Die Marvelli-Truppe. — **The 5 Brustons.**
Geschwister Schenk. — **Das Cri-Cri-Ensemble.**
The Byrons. — **Harry Allister.**
Marka Fraya. — **Paul Backer.** — **American-Bioscop.**

Ab 24. Januar kurzes Gastspiel
von **Adme.**

Saharet

der weltberühmten australischen Tänzerin.

Erhöhte Eintrittspreise.

Beginn der Vorstellungen 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Greppin.

Radlerklub „Frisch auf!“

Sonntag d. 26. Jan. abds. 7 Uhr bei Leine

Kränzchen.

Der Vorstand.

Gesellschaft Thalia, Aue-Zeitz.

In unserem am Sonntag den 26. Januar im fest-

Masken-Ball

lich decorierten **Diana-Saal** stattfindenden

laden wir hiermit unsere passiven Mitglieder, sowie Freunde und Gönner
ergebenst ein.
Der Vorstand.

Maskengarderobe liegt im Lokale aus.

Unter allen Kaffeemitteln ist und bleibt

Aechte Franck-Kaffee

in **Holzstischen** und **Paketen.**

durch seinen vorzüglichen Wohlgeschmack und seine uner-

reichte Ausgiebigkeit an Farbe und Kraft

der allerbeste

und daher der billigste Kaffeegesetz.

Man achte auf Schutzmarke und Unterschrift:



Henrich Franck Söhne
Ludwigstr. 10. Basel, Mailand.

Großes kräftiges Roggenbrot | G. Höring, G. Joachim, Teuchern.
empfeht | Sieht es in einem Orte eine politische
Brot u. Weibbäckerei, Triftstr. 15. | sowie Kirchgemeinde? Ja!

Spottbillig!

Alle paar Tage neue Waggonladung:

Nur noch kurze Zeit

Spottbillig!

Emallierten Küchen-Geschirre und

Haushaltungs-Gegenstände jeglicher Art

im Garten und Terrasse Goldener Hirsch, Leipzigerstr. 63

Eingang nur von der Franckestrasse.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Völkischen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. S.) Halle a. S.

Deutscher Reichstag.

124. Sitzung. Mittwoch, den 22. Januar 1902, 1 Uhr.
Am Bundesratsstisch: Reichskanzler Graf Bülow, Graf von Bismarck.

Zweite Beratung des Etats.

Die Beratung beginnt mit dem Etat des Reichstages. **Abg. Gumb** (Hrt.) bringt die Gegenüberstellung in der Umgebung des Reichstages zur Sprache. Sollten es die Finanzen des preussischen Staates nicht erlauben, Bürgerrechte auf diesen bei schlechtem Wetter unangenehmen Wegen anzulegen (Weiterheit), so übernimmt vielleicht der Reichstag diese Ausgabe. Hedner bittet ferner den Präsidenten, dafür zu sorgen, daß die Abgeordneten bessere Plätze in den Theatern als bisher erhalten.

Präsident Graf **Valkreim** sagt zu, eine Erfüllung dieser Wünsche zu wollen.

Abg. Dr. Müller (Zentr.) sagt, die Erfüllung dieser Wünsche ist die Pflicht in der Reichstagsverwaltung.

Präsident Graf **Valkreim** verwirft den Vorschlag auf den in der Restauration der Reichstagsverwaltung.

Der Etat des Reichstages wird hierauf bemittelt. Es folgt der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

Abg. Dr. Barth (Hrt.) kommt auf die Ausgaben des Reichskanzlers im Abgeordnetenhause, daß er die Verfassung streng zu wahren bestrebt sei, zurück, erinnert an die in der Verfassung gewährleistete Gleichberechtigung des Bundesrats und Reichstages und bemerkt sich über die Behandlung, die den Initiativanträgen des Reichstages seitens des Bundesrats oft regelmäßig zu teil wird. Diese Behandlung entspricht nicht der Gleichberechtigung der beiden Kammern. Bei Initiativanträgen nimmt fast nie ein Vertreter des Bundesrats teil, sowohl im Ausschuss als in der Kommission. Die Initiativen werden fast regelmäßig ohne Angabe von Gründen abgelehnt. Der so und so oft angenommene Diätenantrag hat noch immer nicht die Zustimmung des Bundesrats gefunden. Das Wahlgeheimnis wird auch nicht genügend gewahrt. Der Antrag auf Einheitspflicht der Stimmzettel ist ebenfalls vom Bundesrat noch immer nicht genehmigt worden. Der Antrag auf amtliche Mandats für die Stimmzettel und Amtsurkunde für ihre Ausgabe müßte von uns bei neuen Eingangs werden. Ich erwarte, daß der Reichskanzler seinen Einfluß dahin geltend macht, daß dieser Antrag nimmer angenommen wird. In anderen Fällen bestehen schon seit langem Einrichtungen zum Schutze des Wahlgeheimnisses.

Ferner möchte ich den Reichskanzler erwidern, dahin zu wirken, daß alles vermieden werde, was unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Amerika trüben könnte. Es ist von außerordentlicher Bedeutung, daß bei der Ankündigung der Heile des Prinzen Heinrich nach Amerika sich dort zu außerordentliche Zuneigung für Deutschland zeigte. Ich hoffe, daß diese guten Beziehungen stets mit Eifer werden gepflegt werden. (Bravo! links.)

Reichskanzler Graf Bülow: Gegenüber den Ausführungen des Herrn Vorredners muß ich betonen, daß ich bei meiner Pflicht voll bewußt bin, daß bei den Verhandlungen die bestehenden Gesetze das höchste beibehalten werden. Einer Abänderung der Wahlvorschriften im Sinne des Herrn Barth bin ich aber nicht in der Lage zuzustimmen. (Unruhe links.) Zustimmung rechts.

Herr Dr. Barth hat dann weiter die Stellung der Regierung gegenüber Initiativanträgen aus diesem hohen Hause berührt. Gegenüber diesen Ausführungen muß ich für die verbundenen Regierungen das Recht wahren, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, ob und in welcher Weise sie sich bei den Verhandlungen über Initiativanträge in diesem hohen Hause vertreten lassen wollen. (Unruhe links.) Wenn ich geneigt durchdringen bin von der Ueberzeugung, daß die Verität zwischen Reichstag und Reichsregierung erhalten bleiben muß, so wird Herr Dr. Barth doch nicht betreten können, daß ich manche Vorlage der verbundenen Regierungen nicht angenommen werden ist von diesem hohen Hause (weiter links) und daß daher auch die verbundenen Regierungen in der Lage sein müssen, einem Initiativantrage aus diesem Hause zuzustimmen oder nicht.

Was unser Verhältnis zu Amerika anlangt, so sind wir von dem Wunsche erfüllt, auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Achtung die traditionellen guten Beziehungen aufrecht zu erhalten, die uns mit Amerika verbinden. Ein Ausdruck dieser Beziehungen ist die Heile des Prinzen Heinrichs und ich bin überzeugt, daß der Empfang, den er finden wird, den Gefühlen zweier großer Nationen entsprechen wird. (Bravo rechts.)

Abg. Tasch (Zentr.): Wenn sich Lebensstände aus dem Wahlsieg ergeben, so muß der Reichskanzler dem Reichstag zu Hilfe kommen. Alle Wahlbedingungen zeigen, daß die geheime Wahl nicht garantiert ist. Der Reichstag hat noch keine Idee erfahren über die Gründe, weshalb der Bundesrat das Gesetz zum Schutze der Wahlfreiheit abgelehnt hat. Will man durch die Nichtgewährung von Diäten erklären, daß der Reichstag minderwertig ist gegenüber den Herren vom Bundesrat. Wenn die Regierung die Zustimmung gegen den Vorschlag verweigern will, dann ist die Nichtgewährung von Diäten das schärfste Mittel. (Bravo im Centrum.)

Abg. Zinger (Zos.): Der Herr Reichskanzler sagt, der Bundesrat habe selbst zu entscheiden, ob er sich bei den Beratungen des Reichstages vertreten lassen wolle, er vertritt jedoch die Ansicht, daß der Reichstag auf den Bundesrat nicht verzichten darf. Ich nehme an, daß man geneigt, daß der Reichstag vom Bundesrat derartig als quantitativ neigebare behandelt werden würde, hätte man letzter Zeit sicher eine Verimmung getroffen, die den Bundesrat verpflichtet, auch bei Verhandlungen über Initiativanträge zugegen sein. Die Regierung und der Reichskanzler sehen den Reichstag nur als vorübergehende Erscheinung in öffentlichen Leben an und würden es am liebsten sehen, wenn er gar nicht da wäre. Wie Sie (nach rechts) das Wahlrecht ändern würden, wissen wir ja genau. Sie würden das allgemeine geheime Wahlrecht überhaupt abschaffen. Der Herr Reichskanzler hätte durchaus sein Recht, sich einfach hinter die formalen Gründe zu verbergen. Wenn er dafür sorgen

will, daß den Gesetzen nachgegeben wird, dann muß es auch dahin kommen, Gesetze, die sich zur Wahrung des Wahlgeheimnisses als unzulänglich erweisen haben, entsprechend abzuändern. Wenn auch das Gesetz in großer Breite verlegt wird, so hat doch der Abgeordnete 3 oder 4 Jahre hier und läßt alle Rechte eines Volksvertreters aus. Die Verhandlungen der Wahlprüfungskommission zeigen, daß in den großen Industriezentren und besonders in Königreiche Sachen keine Partei gegenüber der Wahlfreiheit zu verlegt wurde, wie der Sozialdemokratie gegenüber, und das unter dem allerdingen nicht auszusprechenen Beifall der maßgebenden Regierungen stellen. (Bravo! bei den Zos.)

Präsident Graf **Valkreim:** Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß Verletzungen der Gesetze sich des Beifalls der maßgebenden Regierungen erfreuen.

Abg. Zinger: Die Richter werden, besonders im Gebrauch der Wahlfreiheit verführt. Die Unternehmer in den Industriezentren treffen Entscheidungen, die die Wahlfreiheit ganz aufheben. Da sollte man doch nicht davon sprechen, daß der Wille der Bevölkerung hier zum Ausdruck kommt. An der Wahlfreiheit aber haben alle Parteien ein Interesse. In Deutschland haben gerade die Sozialdemokraten unter dem geltenden Wahlsystem zu leiden. Am schwersten wird namentlich die Sozialdemokratie geschädigt. Wenn in meiner Partei nicht so große Oppositivität und Energie vorhanden wäre, würden wir bei den Anstrengungen der Beamten und Unternehmer nicht in so großer Zahl hier sitzen. (Zehr richtig! bei den Zos.) An der Wahlrechtsfrage, in der ich den ganzen Reichstag mit mir, sollte der Herr Reichskanzler endlich dafür sorgen, daß der Wille des Volkes durch die Gesetzgebung zur Wahrheit werde. (Zehr richtig! bei den Zos.)

Reichskanzler Graf Bülow: Wenn die verbundenen Regierungen auf eine Abänderung des Wahlsystems eingegangen, dann würden doch nicht die anderen genannten Wünsche zur Befriedigung kommen, die ich nicht begehre, daß die Regierung es sich dreimal überlegen, bevor sie eine so schwierige und kritische Materie anheimstellt. (Hört! hört! links) während sie sich bisher von dem Grundsatze leiten ließen: quies non movens (Nichtet nicht durch!) Zustimmung rechts, Unruhe links. Das bestehende Wahlverfahren ist doch nicht zu ändern, da es sich als das beste und einfachste Beweise herausgestellt hat. (Weiterheit und Unruhe links.) Die Diätenlosigkeit hat Herr Bismarck als Vorworte, um die Diätenlosigkeit für das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht in die Verfassung einzuführen. Es mag eine offene Frage bleiben, ob es möglich oder nicht möglich, zweckmäßig oder unzweckmäßig ist, diesen Diätenantrag aufrecht zu erhalten. Ein Vorwurf aber kann der Regierung aus der Unredlichkeit der Verhandlungen während des Zustandes billigerweise nicht gemacht werden. (Beifall rechts.)

Abg. Waffermann (nat.): Es liegt unzweifelhaft eine gewisse Nichtachtung der Thätigkeit des Reichstages darin, daß der Bundesrat sich bei der Beratung von Initiativanträgen nicht vertreten lassen will. Ich möchte bitten, daß die Antwort auf sich unangenehme Anträge jahrelang auf sich warten läßt und schließlich noch ohne Angabe von Gründen erfolgt. Der Wunsch nach besserer Zicherung des Wahlgeheimnisses ist im Reichstag fast allgemein.

Abg. Dr. Corst (nat.): Die Stellung des Herrn Reichskanzlers bei der Beratung der Verfassung, der Bundesrat hat das Recht, Initiativanträge abzulehnen, wünschenswert wäre, wenn er die Gründe mitteilt. Das Wahlsystem, das heute den Namen Majoritätsgesetz führt, halte ich mit der Würde des Reichstages für nicht vereinbar. Je mehr es verschiedene Wahlsysteme gibt, desto schwerer wird die Kontrolle der Wahl (links, weiter links). Die Anwesenheit der Mitglieder des Reichstages an den Verhandlungen wird nicht nur zu Gunsten der Abgeordneten für ihre Thätigkeit an. Unsere Arbeit kann nicht hoch genug bezahlt werden. (Große Beifall.) Die Mehrheit meiner politischen Freunde ist nicht geneigt, das freie, gleiche Wahlrecht irgendwie preiszugeben. Das ist das, was ich von der Regierung und der jetzt dem Reichstag angehörigen Konventionen.

Auf die Aufrechterhaltung guter Beziehungen legen wir denselben Wert, wie Herr Dr. Barth. Diese dürfen aber nicht erlaubt werden durch wirtschaftspolitische Zusammenhänge. Die Erklärung des Reichstages beruhte ich mit Freunden. Ich hoffe, daß diese Beziehungen durch die Heile des Prinzen Heinrichs gefördert werden. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf Bülow: Wenn ich von unserem Verhältnis gegenüber Amerika gesagt habe, daß es auf der Basis voller gegenseitiger Achtung beruht, so ist dies auch die selbstverständliche Voraussetzung für unser Verhältnis zu allen anderen Staaten.

Der Vorredner hat gesagt, es wäre ihm lieber, wenn die Regierung in Falle der Ablehnung von Initiativanträgen die Gründe der Ablehnung diesem hohen Hause angeben wollte. Das ist den verbundenen Regierungen aber nicht immer möglich, denn die Vertreter im Bundesrat können ab auf Grund der Antritte, die sie von ihren Regierungen erhalten haben. Sie können ab nach der Mehrheit auch zu, ist gar nicht in der Lage zu sagen, weshalb Ihre Stimme für oder wider einen Antrag abgegeben wird. Anhaltendes Geschätz und Zurückhaltung. Ich möchte weiter auch darauf hinweisen, daß der Reichstag, wenn er sich gegenüber einem Antrag der verbundenen Regierungen ablehnen verhält, nicht immer alle Gründe anzusetzen und das diese Gründe für sehr widerwärtiger Natur sind. Das haben wir beim Vorschlag gesehen, der von beiden Seiten mit sehr verschiedenen Gründen bekämpft worden ist.

Abg. Tasch (Zentr.): Den Vorwurf des Abg. Zinger, als ob das Zentrum nur aus Liebedienerei gegen die Regierung einer Besatzung zuzustimmen, muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir treiben eine rein sachliche Politik auf Grund anscheidender Gerechtigkeit. — Art 29 der Verfassung garantiert den beiden Kammern eine gleiche Zustimmung. Das Wahlsystem, das den Reichstag gegen die Regierungen in der direkten Wahlprüfung freier, haben wir bei der letzten Wahlprüfung des Abg. Volk gesehen. — Warum traut sich die Regierung gegen die Gewährung von Diäten? Die Diäten sind nicht eine Besatzung für unsere Abgeordneten, sondern lediglich ein Ersatz für unsere Ausgaben, die uns durch unsere parlamentarische Thätigkeit entstehen.

Abg. Lenzmann (Frei. Volksp.): Um den erhabenen Voten der Bundesratsmitglieder, wie sie ihm nach der Stellung des Herrn Reichskanzlers haben, beneide ich die Herren wirklich nicht. (Zehr richtig! links.) Nach ihm dürfen sie selbst im Bundesrat keine Gründe angeben, sondern haben einfach den Mund aufzumachen, um die Stellung ihrer Regierung zu verurteilen. Keine Gründe anzugeben ist ja besonders heuchlerisch, wenn man keine Gründe hat oder wenn man mit Angabe der wirklichen Gründe an gewissen Stellen Anstoß erregen würde. (Zehr gut links.) — Es ist in bekannt, daß Herr Bülow selbst für die Gewährung von Diäten ist und daß die Annahme meines Antrages nur an dem Widerwille einer gewissen Stelle scheitert, die nicht will, daß diese Leute — Männer — diese Herren (weiter links) Diäten erhalten.

Reichskanzler Graf Bülow: Gegenüber Herrn Lenzmann bemerke ich, daß, wenn die verbundenen Regierungen sich bei der Beratung von Initiativanträgen in Reichstagen nicht vertreten lassen, darin nicht eine Unbilligkeit liegt. — Initiativanträge des Reichstages verfallen übrigens sehr oft in der Zweig, eine Anregung zu sein für das legislativische Vorgehen der Regierung, und in der That sind zahlreiche Gesetzeviertel der verbundenen Regierungen aus solchen Anregungen hervorgegangen.

Abg. v. Levetzow (nat.) spricht sich für Gewährung der freien Eisenbahnfahrt durch das ganze Land aus. (Zehr. Bravo! auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. v. Tiedemann (Hrt.): Wenn Sie die Diätenlosigkeit festhalten wollen, müssen Sie auch die geheime Wahlprüfung beibehalten. Dann ließe ich darüber reden. (Nachen links.)

Damit schließt die Diskussion. Das Gehalt des Reichskanzlers wird bewilligt; ebenso der Etat der Reichskanzlei. Es folgt der Etat des Reichsamt des Innern. Die Beratung beginnt bei den fortwährenden Ausgaben mit dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs und des Reichsamtsekretärs in Verbindung mit einer Revision Hoffmann (nat.), Dr. Gize (Zentrum), Heide (Nat. lib.), die Erhebung und die Arbeitsverhältnisse in den staatlichen Betrieben verlangt.

Abg. Dr. Gize (Zentrum): Ich begrüße die Erweiterung der arbeitsrechtlichen Kommission, von einer besonderen Abteilung des künftigen Amtes für die Statistik, die die Behörde wird eine sehr ausgedehnte sein. Ueber die Verhältnisse in der Jagareindustrie, die sich in letzter Zeit statt befindet, verleiht es mir, ich uns seitens der Regierung femerlei Mitteilung gemacht worden. Willst du uns in der Reichsregierung mitteilen, wie weit hier die Arbeiter der Regierung geduldet werden? Dieser ist ein sehr wichtiger Betriebsverhältnisse erforderlich. Es ist uns ein Nachtrag über die Verordnungen des Bundesrats zum Betriebsstättenrecht zugegangen. Aber abgesehen von den Verordnungen der Väterei, die Bauhandwerker und die Logierhäuser ist wenig geteilt. Für einen familiären Verwaltungsbereich habe ich mich schon in den Vorberichten angeprochen. Für jede Kategorie von Arbeitern müßten gewisse Normativbestimmungen getroffen werden, wobei die weiblichen und jugendlichen Arbeiter besonders zu berücksichtigen sind. Auch die Schaffung von kaufmännischen Schiedsgerichten ist immer noch nicht erfolgt. Besonders bedauerlich ist, daß die Arbeiterkassen auch in diesem Jahre noch nicht kommt. Die Zahl der Gewerbeinspektoren hat sich zwar vermehrt, aber noch nicht in genügendem Maße. Besonders weibliche Gewerbeinspektoren müssen in größerem Maßstabe herangezogen werden. Ferner ist zu erwägen, ob nicht Arbeiter als Disziplinäre des Gewerbeinspektionsdienstes, als Beamte zweiter Kategorie für die reguläre Revision der Fabriken u. v. anzustellen sind. Ich erwarte, daß ein sozialpolitisches Gebiet manches geziehen ist, ich bedauere aber auch, daß vieles Notwendige nicht geziehen ist. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Müller (Meinungen Frei. Vot.): Die Beurlaubung, die sich dieser Zeit bei der des Wobstors der Wobstors, die Bewohner des Thüringer Waldes, wo die Wobstorschölzler jahrelang werden, sollte uns dankbar sein, wenn wir zur Beilegung der irdischen Krankheit der Wobstorschölzler durch Verbot der Wobstorschölzler beitragen. Von diesen freunbaren Dingen, den Streitigkeiten komme ich auf eine andere freunbare Frage über. Die Frauenfrage. Es wäre sehr wünschenswert, wenn Herr Graf Bismarck dafür sorgen wolle, daß die Behandlung der freunbaren Frauen an allen Universitäten des Reiches eine gleichmäßige werde. An der Universität Königsberg z. B. lassen drei Professoren der Anatomie Frauen überhaupt nicht zu, während an derselben Universität die Frauen des medizinische Examens ablegen dürfen. Das ist doch ein Widerspruch. — Ebenso müßte das Recht der Frauen, an politischen Vereinen und Versammlungen teilnehmen zu dürfen, über das ganze Reich gleichmäßig geregelt werden. In Preußen werden aber die Frauen in Bezug auf das Verfallungsrecht wie Verhungen behandelt. (Weiterheit und sehr richtig! links.) Man sieht, ich jetzt in der Regierung von den Frauen mehr zu fürchten als vor den Sozialdemokraten. Vor kurzen wurde sogar der Sozialwissenschaftliche Studentenverein aufgelöst, bloß deshalb, weil an einem Vortrag über das Problem der Frauenfrage auch Damen in der Diskussion teilnehmen durften. Die Frauen müssen als vollwertige Menschen auch im öffentlichen Leben anerkannt werden. (Bravo! links.)

Abg. Frim Schönaich-Carolath: Der Herr Vorredner verlangt zu viel auf einmal, ich konsultiere mit Freunden, daß aus dem Gebiete des Frauenstudiums in den letzten zehn Jahren bedeutende Fortschritte erzielt sind.

Staatssekretär Graf Bismarck: Der Gewerbevertrag betr. den Findrichs wird hauptsächlich nach in dieser Session dem Reichstag vorgelegt werden können. Die Verordnung betr. die Angestellten in Gas- und Schankwirtschaften wird morgen oder Freitag veröffentlicht werden. — Das es wenig erwidert war, die Preis des Anfratzens der Einkünfteverordnung bis 1903 hinauszuverschieben, gebe ich zu. Die preussische Regierung hat aber nachgewiesen, daß ein solches Anfratzen nicht möglich wäre, bis in die nächsten beiden Verhandlungen vorsehen. Auf keinen Fall wird

Unser Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt zu sehr billigen Preisen wird fortgesetzt.

Brummer & Benjamin,

Halle a. S. Grosse Ulrichstrasse 23.

aber die Frist noch weiter verlängert werden. — Um eine Bundesrats-Verordnung über die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit zu erzielen, haben wir eine Zusammenstellung der Fabriken, in denen eine solche Beschränkung erfolgt ist, den Reichsrat angelegt. — Ein Gesetzentwurf betr. ein gerichtliches Spezialverfahren für Verleumdungen der Handlungsschlichter liegt dem Reichsrat vor. — Die Frage des Verhältnisses zwischen dem Baugewerbe und dem Handwerksbetriebe ist Gegenstand der Verhandlungen mit dem Reichsrat. — Gegen den Wunsch des Herrn Müller-Meininger, auch den Geschäftsmännern einen 30-jährigen Schutz zu gewähren, habe ich die schwersten Bedenken. Jeder Schutz, jeder Verzicht wäre dann so lange geübt. Das würde unsere Industrie lähmen und die Behörde zu sehr belasten. Der Verkauf von Brennmaterialien nach Gewicht kann durch das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb nicht angeordnet werden. Die Frage liegt dem Reichsrat vor. — Die Beschränkung des Wapenrechts bei der Verteilung von Zündhähnen bietet viel Schwierigkeiten.

Die größten Gegner der Erweiterung der Frauenerwerbstätigkeit sind bekanntlich die Männer (weiterer). Das ist eben das Unglück, und da die Männer bei weitem nicht alle vorhandenen Frauen heiraten (Große Weiterer), so sind die Frauen auf selbständiges Erwerb angewiesen. Die durchschnittliche Forderung der Frauen hat ein sehr berühmter Mann, der der Frauen sehr nahe steht, mit gegenüber in Zweifel gezogen. Freilich fügte er hinzu, so viel wie die große Menge der gewöhnlichen Arbeiter bietet, werden die Frauen auch noch leisten können (weiterer). Zugleich ist, daß wir den Frauen mehr Gelegenheit geben müssen, ihr Brot zu verdienen. Herr Vize hat dann nach der Kronenfinanzstelle gefragt, wie weit die Frauen sich selbständig machen können. Die Antwort lautet: Zwischen Frauenkassen und Unfallversicherungsgesetz empfinde ich kann aber heute noch keinen Zeitpunkt angeben, an dem die Novelle den Frauen vorgelegt werden wird. Ich glaube alle in der Diskussion gestellten Fragen hiermit beantwortet zu haben (weiterer).

Abg. v. Staroboff (Rechts): Herr Müller-Meininger hat recht, wenn er von der Rücksichtlichkeit unserer Frauenrechte spricht. Ich sehe gegen den Vorschlag inhaltlich gegenüber den Frauen das Wahrscheinliche zu verstehen. Auf links: Wir sind einverstanden! Ich glaube aber, eine Anzahl von Herren da drüben würde nicht hier sitzen, wenn die Frauen hier mitmachen könnten. (weiterer).
Hierauf vertrat das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.
Schluß 6 Uhr.

Ein neues kändliches Kaufprojekt.

II.
Geschäft ist Geschäft! Wenn einer eine wenig einwandfreie Manipulation entdecken will, dann macht er wohl einen solchen Auszug. Es läßt diese Entschuldigung meist darauf hinaus, daß beim Geschäft einer wohl oder übel der Dumme teufel müsse.

Damit ist natürlich durchaus nicht gesagt, daß es bei diesem Geschäft zwischen Fiskus und Kommunalverwaltung gleichfalls einen Dummen gegeben hat. So etwas zu denken, würde hart an Blasphemie greifen; der Fiskus ist nicht dummt und unsere Kommunalverwaltung nicht! Die in uns mindestens ist aber geschäftsmäßig ist auch bei diesem Kaufprojekt durchaus vorhanden worden, d. h. er eine hat vorgegangen und der andere hat danach dann seine Forderungen gestellt.

Die Denkschrift, in der der Magistrat den Stadtverordneten die Entschuldigung der Angelegenheit veranschaulicht, ist entschieden ein interessantes Dokument; sie beweist schmerzhaft, daß das noch nicht ab bis zu den Hunderttausendmarkengeschäften, die zwischen Behörden gemacht werden, dieselben Menschen herrschen; sie beweist aber weiter noch, daß unser Magistrat selbst in finanziellen Angelegenheiten mutig zurückzuweichen verliert.

In einem Schreiben, das am seinen Anfang das Datum vom 24. Januar 1901, an seinem Ende das vom 27. Januar 1901 trägt, erklärt der Magistrat der Regierung seine Bereitwilligkeit, die in Rede stehenden vier Grundstücke zu erwerben und giebt, nachdem er Rentabilitätsberechnungen angestellt, auch die Preise an, die zu zahlen er bereit wäre. Die Stellen sind folgendermaßen:

- für das Schmelzerische Grundstück . . . 67.000 M.
- den Klausberg . . . 25.000 "
- das Domänenbesitz-Gieblidenheim . . . 100.000 "
- die Ziegelwiese . . . 12.000 "

Zusammen: 204.000 M.

Das war, insbesondere bei der Ziegelwiese, der Wert im günstigsten Falle!
Der Fiskus seinerseits lehnte sich wenig an die Rentabilitätsberechnungen des Magistrats. Ohne darauf überhaupt mit einem Worte einzugehen, stellte er in einem Schreiben vom 3. August 1901 seine Forderungen. Diese nun sind noch und noch einmal so hoch wie die Angebote des Magistrats. Der Fiskus verlangt:

- für das Schmelzerische Grundstück . . . 115.000 M.
- den Klausberg . . . 50.000 "
- das Domänenbesitz-Gieblidenheim . . . 180.000 "
- die Ziegelwiese . . . 275.000 "

Zusammen: 620.000 M.

Bis hierher hat sich die ganze Transaktion durchaus in den Rahmen der von Judas auf uns vererbtet Geschäftspraxis bewegt. Mit der Stellung der Forderungen durch die Regierung werden diese Rahmen aber sich verlassen — der Magistrat vertritt nicht den Fiskus zumiderreden, er akzeptiert die sein Angebot um das Doppelte übersteigende Forderung und macht den Stadtverordneten eine Vorlage, die um Sanktionierung des Geschäftes eruchen. Ja, der Magistrat geht noch einen Schritt weiter. In seiner Denkschrift läßt er durch den Stadtbaurat Genzmer den Stadtverordneten beweisen, nicht etwa, daß die Stadt die geforderten Summen nun einmal zahlen müsse, da sie sich in einer Zwangslage befinde, sondern, daß die Grundstücke in der That das wert seien, was die Regierung dafür verlangt! In seinem Angebot ermittelt der Magistrat als höchsten Wert des Schmelzerischen Grundstücks einen solchen von 67.000 M. Die Regierung verlangt 115.000 M., also 47.000 M. mehr und fügt hinzu, daß die Denkschrift durch eine etwas andere Berechnung, daß die Forderung . . . mit sich als eine den Berechnungen durchaus entsprechende zu bezeichnen ist. 25.000 Mark für den Klausberg eruchen dem Magistrat am 24. 27. Januar 1901, ein durchaus angemessener Markpreis! Die Denkschrift vom August 1901 beweist uns, daß die vom Fiskus geforderten 50.000 Mark, also genau das Doppelte, ein so niedriger Betrag ist, daß eigentlich jeder wohlhabende Bürger Falles selbst bedauern müßte, daß Grundstück nicht für sich selbst erwerben zu können, um inmitten der dort vorhandenen prächtigen Anlage an der von Gieblidenhoff so begiebtet beizunehmen schönen Stelle unserer Saale-Vorstadt sein Wohlthun zu erwidern, dessen Erhebung ihm gemäß den Bestimmungen des Aufschließungsgesetzes kaum dürfte verweigert werden können.

Recht hat bei der Vertiefung der Objekte zweifellos der Magistrat vom Januar 1901, nicht derjenige vom August 1901. Es ist offensichtlich, daß der Fiskus die Zwangslage, in der

die Stadt sich befindet, benutzt hat — je der private Unternehmer hätte das übrigens auch gethan — um sich die Grundstücke so hoch als möglich bezogen zu lassen. Der Fiskus war von vornherein in einer besseren Position, und wären die Vertreter des Magistrats schamlos klüger als sie sind, sie hätten für die Stadt kaum ein günstigeres Ergebnis erzielen können. Bei dem so ist hätte sie sich nicht begeben, wenn sie das offene Eingekündigte abgelegt hätte, die Regierung sei im Vorteile und die Stadt müsse den momentanen Nachteil der Hebersteuerung schon in Kauf nehmen, um später nicht noch schlimmer zu fahren. Hier aber beweisen zu wollen, daß das, was im Januar weiß gegeben ist, im August schwarz sei, das ist denn doch ein starkes Stück! Es wäre nicht ganz ohne Interesse bei den bevorstehenden Verhandlungen, diese eigenartige Haltung unseres Magistrats etwas näher zu beleuchten.

Der Magistrat hätte sich diese Widersprüche ersparen können, wenn er in seiner Denkschrift sich weniger bemüht hätte, die ziemlich problematische Rentabilität der Objekte nachzuweisen, als ihren ideellen Wert in den Vordergrund zu stellen und Blinde zu entwerfen, in welcher Weise dieser der gesamten Bevölkerung nutzbar gemacht werden soll. In die Erwerbung solcher Erholungs- und Befähigungsorten notwendig, dann macht es wenig aus, ob sie 300.000 oder 600.000 M. kosten; es ist dann bei der Wertberichtigung ein ganz anderes Maßstab anzulegen. Die Sache ist freilich nicht so, wie der dem Projekt trotz unserer mitleidigen Finanzlage eine Zustimmung giebt, haben, daß diejenigen, in deren Hände ein solches Land gegeben wird, auch damit zu weichen verziehen und es nicht verfallen oder es sich gar entziehen lassen. In der Denkschrift des Magistrats ist besonders bei dem Schmelzerischen Grundstück verdächtig viel von Bebauungsplänen die Rede, sogar von Verkaufsbildern, so weit Baugrund in Betracht kommt. Das muß nicht sein. Die Stadt sollte sich nicht, daß ihr Gelegenheit geboten wird, ein Stück Baugrund zu erwerben. Sie muß es als Waffe benutzen gegen das schmerzliche Bodenpestulamentum, das auf Kosten der Allgemeinheit Mißgenossen aus dem Boden herauszuwickeln will. Soll dieser Zweck erreicht werden, dann darf die Stadt das Baugrund nicht veräußern. Hat sie seine momentane Verwendung für eigene Bebauung, dann läßt sie es ruhig liegen. Solche unbebaute Komplexe sind schmerzliche Wunden im Fleische des Spekulantentums. Des Bodenwunders Ideal ist die denkbar dichteste Bebauung. Je weniger Raum für Hof und Straße verlangt wird, je höher auf der anderen Seite das Haus in die Wolken hinaufgeführt werden kann, desto wertvoller und kostbarer wird ihm der Boden. Jedes kleine Wäldchen repräsentiert schließlich ein Vermögen. Je größer aber die Wälder und Anlagen einer Stadt, je breiter ihre Straßen, je niedriger die Häuser, desto mehr wird der Staat, desto billiger ist der Boden, desto weniger verlangt der Spekulant Wälder damit zu freien, ungeschätzte Stadtverwaltungen, wie diejenige von Düsseldorf beispielsweise, verlangen deshalb schon seit längerer Zeit die Praxis, so viel Komplexer als möglich in der Stadt und um die Stadt anzukaufen und sie entweder brach liegen zu lassen oder zu Anlagen auszugestalten. Für den Spekulantentum wird sein Land abzugeben, diejenige die Baugrund von der Stadt erwerben, müssen Verpflichtungen eingehen, die eine wucherliche Ausbeutung des Bodens ausschließen. Düsseldorf genießt infolge dieser Wohnungspolitik seiner Verwaltung auch den Ruhm, eine der schönsten und geündetsten neueren Städte von ganz Deutschland zu sein. In der halbesährigen Stadtverwaltung ist der Geist der modernen Zeit ziemlich spurlos vorübergegangen. Die Stadtverordneten-Versammlung wandelt noch immer in den Bahnen von St. Manaster und die Bureaucratie ist nahezu unfähig geworden, neue Ideen aufzunehmen. Wie sinnlos ist nicht unsere Bodenpolitik! Warum nicht man beispielsweise das Stück Land am Bettenerplatz und der Wollstraße mit Gemalt loszuwerden. So lange da eine unbebaute Fläche bleibt, werden die Wieten in Gieblidenheim niedriger bleiben als in Halle, sobald die Fläche sich aber schließlich, ist auch der Untergrund in den Wietenspreisen verschwinden, d. h. die Gieblidenheimer Hausbesitzer werden die Wieten auf den Zaun bringen von nur Halle bringen. Warum können diese von Wietens nicht zu einer öffentlichen Anlage ausgebaut werden, die eine Ufer mehr für die Stadt wäre und gleichzeitig, weil sie das Weidfeld zu vergrößern zwingt, hemmend auf den Bodenwucher wirkt?

Aus diesen Gründen müßten auch die Baustellen, die durch Realisierung des vorliegenden Kaufprojekts in die Hände der Stadt gelangen, festgehalten werden. Sie zu verkaufen, um die Verzinzung der zu erwerbenden Grundstücke möglich zu machen, würde mit dem Gebahren eines idiotischen Bauern zu vergleichen sein, der seine jungen Ochsen bricht, um Stücke daraus zu machen und sich so für immer um die Frucht betritt.

Lokales und Provinziales.

Halle a. S., 23. Januar.

Auf die heute abend im Glashausischen Schützenhause stattfindende Volksversammlung, in welcher Genosse Reichstagsabgeordneter Frey Knerr über: Die Kommunalverwaltung und die Sozialdemokratie sprechen wird, sei nochmals ausdrücklich aufmerksam gemacht.

Zu unserem Penitenten wird heute die Veröffentlichung des Romans „Der Reisende aus Altrien“ beendet. Morgen beginnen wir mit dem Ausdruck einer reizenden Novelle der österreichischen Dichterin Marie von Ebner-Eschenbach: „Vetti die Uhrmacherin.“ Marie v. Ebner-Eschenbach, die unlängst unter Beteiligung der ganzen literarischen Welt ihren 70 Geburtstag gefeiert hat, gilt mit Recht als eine der bedeutendsten lebenden Erzählerinnen.

Reinigung der Schulen.

Im Magistratsorgan war unlängst folgendes zu lesen: Eine Heberaufsicht. Bis zum 1. April 1901 war die Reinigung der Schulräume des Schulhausmanns übertragen, welche 24 M. pro Klasse und Jahr erhielten und hierfür das erforderliche Dispositionell zu stellen hatten. Als im vorigen Jahre die Gehälter der Schulhausmannen erhöht wurden, beschloß die Stadtverordneten-Versammlung, daß die Reinigung nunmehr zur Rechnung der Stadtkasse befristet werden sollte; es wurde den Hausmännern vom Vorstande der städtischen Seite der Vorwurf gemacht, daß sie die zur Reinigung angemessenen Frauen ungenügend bezahlten, um möglichst große Ersparnisse herauszuwickeln. Die Verwaltung hat nun eine Heberaufsicht beauftragt. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober in einem halben Jahre, in verschiedenen Schulen bereits mehr verbracht ist als die Schulhausmannen bisher für das ganze Jahr an Entschädigung erhielten. In der Mittelstraße in der Klosterstraße sind z. B. in dem halben Jahre bereits 24 M. ausgegeben, in

zwei Schulen (Osterrathstraße und Große Steinstraße) dagegen sind die Heberinnen mit den eintägigen zur Verfügung gestellten Arbeitskräften nicht auszureichen vermocht. Die Heberinnen sind in dem neuen Etat anfangs bis 24 M. pro Klasse 42 M. eingestuft. Dazu kommt, daß die Gesundheitskommission beschloß hat, den städtischen Kollegien zu empfehlen, in Zukunft sämtliche Klassenräume feucht zu halten (also nicht einfach zu fegen). Die Schulkommission ist die beabsichtigt, im nächsten Jahr die Heberinnen durch die Ausgaben für Reinigung der Schulräume um 2200 Mark höher stellen als bisher.

Genosse Albrecht, dem wir die Heberinnen anfordern, schreibt uns dazu: Die Sache ist nicht richtig; die Hausmännern bekamen pro Klasse und Jahr 24 M., bezahlten aber die Frauen, welche die Reinigung besorgen mußten, ganz erbärmlich schlecht, so daß mehrere zu mir kamen und sich bitter beklagten. Ich beantragte daher seiner Zeit: Die Gehälter der Schulhausmänner zu erhöhen, und zwar von 600 auf 700 Mark jährlich. Fernerhin aber die Reinigung der Schulhäuser nicht mehr den Hausmännern sondern den Frauen direkt zu übertragen. Es ist für mich gar nicht Heberaufsicht dabei, wenn sich die Sache jetzt teuer stellt. Es ist das nur ein Beweis, daß die Arbeiter früher zu schlecht bezahlt wurde und die Hausmänner trotzdem noch etwas in ihre Tasche stecken. Wie aus der Zeit hervorgeht, werden die Klassen jetzt täglich feucht aufgewischt, und das ist freilich sehr wohl ein oder zweimal wöchentlich ausgeführt worden.
Unser Schild ist also rein!

Zu den letzten Selbstmorden. In dem gestern hinter dem Kulburtum in der Deutscherstraße aufgefundenen Toten, der sich durch einen Revolverknall entleert hatte, ist der frühere Restaurateur Kondohls aus der Großen Brauhausstraße erkannt worden. — Der junge Mann, welcher sich kürzlich von der Halberstädter Bahn überfahren ließ, war nicht, wie irrtümlich angegeben wurde, ein Meidericher aus Berlin, sondern der Sohn eines Meidericher, in der Karlstraße wohnender Schneidermeisters. Der unglückliche junge Mensch war zuletzt als Stellenerlehrer in Halberstadt tätig. Zu beiden Fällen ist über die Motive zu den Selbstmorden nichts bekannt geworden.

Stadttheater. Die neuen Dekorationen für das Schauspieltheater von Wilhelm Meyer-Förster entworfen dem Maler Franz Budack in Berlin. Die Ausstattung des Stückes haben Hl. Weinhold und die Herren Träger, Berend, Stahlberg und Knuth in Händen, Regie: Oberregisseur Karl Schölling. — Am Sonnabend wird die Operette Der Jägerbaron wiederholt. — Montag, den 27. d. M., gelangt das Schauspiel Prinz Friedrich von Dombrowa von H. v. Minckwitz zur Aufführung. — Am Sonntag nachmittags: Oberon (Schauspieltheater).

Am Walthalla-Theater wird am Freitag die weltberühmte australische Tänzerin Madame Saharek zu einem liebtätigen Gastspiele ihren Einzug halten. Ueber ihr Auftreten in Leipzig wird in der dortigen Presse berichtet: „Die Anmut und Schönheit der Bewegungen, das schöne Gemach der Kostüme, der beständig wechselnde Reiz des feinsten geschulten Blickes, welche Madame Saharek zu einer der herrlichsten Tänzerinnen machen, die das Vordium eines Variete-Theaters betreten haben. Sie trägt bei ihren Tänzen eine künstliche Kofferette, ein vikantes, aber doch nicht irrationales Weisen zur Schau, aber nicht minder auch eine gewaltige Leidenschaft, ein dämonisches Feuer, das den Zuschauer packt. Selbstverständlich weiß sie den eigenartigen Reiz ihrer ganzen Erscheinung noch durch prächtige, eleganteste Kostüme zu erhöhen.“ Sittensvorschriften für das Saharek-Gastspiel werden mittags an der Tageskasse des Walthalla-Theaters angenommen.

Feiz. Die geplante Volksversammlung am Freitag findet nicht statt, da die Referenten, die sich auf einer Agitationstour befinden, an diesem Tage leider nicht kommen kann. Frau Käbler ist jedoch erkrankt worden, an einem anderen Tage in der nächsten Woche zu sprechen, so daß die Versammlung voraussichtlich nur verschoben ist. Wir bitten alle Arbeiter und Genossen, hierauf ihre Arbeitskollegen aufmerksam zu machen.

Unfall. Bei Ausübung seines Berufes starb in der Montagmorgen infolge eines Gefalles der auf Grube Bau in der Nähe des Schmelzerischen Zehnerweises aus Schützen. Er hinterließ eine Witwe mit mehreren unminjährigen Kindern.

Kalbe a. S. Folgen der Sachengängerei. Im Juni vorigen Jahres hatten polnische Arbeiter mit dem Inspektor des Domänenverwalters Griechische Differenzen betr. des Volkes. Da sich die Polen mit dem Inspektor nicht einigen konnten, legte sie die Arbeit nieder und begaben sich nach Halle, um mit dem dort wohnenden Domänenbesitzer selbst Rücksprache zu nehmen. Hier wurde die Haltung der Polen so drohend, daß polizeiliche Hilfe gelobt werden mußte. Die drei erschienenen Polizeibeamten verhielten sich, die Arbeiter zur Rückkehr nach Griechische zu bewegen. Da aber die Polen die Absicht der Beamten bei der Strafverfolgung nicht verlassen und nicht von der Stelle gingen, verhielt man den anwesenden Reichsführer der Reichswehr, die Arbeiter zu verhaften. Hierbei hatte sich eine große Menschenmenge an gesammelt, welche die Verhaftung des Arbeiters mit mitleidigen Ausrufen begleitete. Die Erregung wuchs, als ein Polizeibeamter blanko zog und auf die nachfolgenden Polen einschlug. Bei dieser Gelegenheit sollen sich besonders zwei Frauen durch erregte Ausrufe gegen die Polizeibeamten bemerkbar gemacht haben. Aus diesem Grunde fanden beide am Dienstag vor dem Magdeburger Landgericht. Sie wurden beschuldigt, die Polen durch Jurist aufgeführt zu haben, die Polizeibeamten zu verhaften, auch sollen sie die Polen von hinten auf die Beamten geschoben haben. Die beiden Angeklagten bestritten die ihnen zur Last gelegte Schuld, sie wollten sich nur mitleidig darüber geäußert haben, daß der eine Polizeibeamte von vornherein und ohne jede Veranlassung mit dem blanken Säbel auf die Polen eingeschlagen habe. Die eine Angeklagte, eine Witwe Lorenz, wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die andere, die verheiratete Brin, wurde freigesprochen.

Beifall. In der letzten Stadtverordnetenversammlung kamen nach Erledigung geschäftlicher Formalitäten folgende wichtige Punkte zur Verhandlung: 1. Die Erregung der Staugerechtigkeits der Stadtmühle. Vor Eintritt in die Tagesordnung hat der Bürgermeister eine wichtige nichtöffentliche Sitzung. In derselben legte er die Gründe dar, welche dem Magistrat veranlaßt hätten, den Antrag zu stellen, auch die Mühle früher aufgeführt zu werden, als die Mühle in der Lage sei, das Wasser zu ihrem Fabrikbetriebe in der Mühle zu verwenden zu können. Seit Oktober 1900 sind Verhandlungen zwischen Magistrat und Fabrikbetriebe in Gange, damit die Stadt das Staurrecht über die ganze Mühle erwerben könne. Die Fabrikbetriebe verlangte damals für das Staurrecht 15.000 M., einen Streifen Land, der wohl für die Stadt keinen großen Wert aber für die Fabrik einen desto größeren hatte und welche ein großes Aufschubrecht aus dem Vollen, in der Nähe des „großen Zehners“, um möglichst aus dem Wasser zu entnehmen zu können. Der Magistrat hat 10.000 Mark geboten und angefragt, ob sie nicht auch die Mühle verkaufen. Weides wurde von der Fabrik abgelehnt, die weiteren Verhandlungen

hatten ergeben, daß die Fabrik den Preis des Staurauchs auf 14000 Mark setzte, neben obigen Bedingungen des Handels und der Wasserentnahme. Der folgende Punkt war nun der, die Juckerfabrik hatte die Mühle mit Staurauch gekauft, um im Notfall während der Kampagne Wasser entnehmen zu können. Sie will nun das Staurauch verkaufen, die Mühle behalten und das Wasser trotzdem noch aus dem Kobr ziehen. Und dafür sollte die Stadt 14000 Mark und ein Stück Land bezahlen.

Stadt. Biedermann erklärte mit Hinweis auf Vorstehendes den Antrag ablehnen zu müssen. Wie fände die Stadt dazu, ein Recht so teuer zu kaufen, das die Fabrik trotzdem benutzt. In einem solchen Vorgehen könne man das Wohlwollen jener kapitalistischen Aktionäre gegenüber der Stadtgemeinde sehen. Für den Preis können wir nach warten, da auch die Mühle nicht mehr als ein Mittel zum Zweck werden kann, weil sie sich nicht mehr rentiert und auch baufähig ist. Stadt. Schimpf bedauert, bei der großen Anklage, mit der die Stadt der Fabrik entgegengekommen sei, bei derselben kein besseres Wohlwollen gefunden zu haben. Stadt. Müller sei weiter darauf hin, daß die Fabrik, weil sie das Staurauch verkaufen will und die Mühle, glaubt ein doppelt so großes Geschäft zu machen, da die Mühle auch zu nicht anderem kann benutzt werden. Die Herren Aufsichtsräte müßten genau, daß wir bei der Konklusion auf Schwierigkeiten stoßen, wenn die Fabrik das Staurauch behält, deshalb stellen sie einen so hohen Preis. Sie möchte die Mühle zurück behalten, bis sie selbst zum Verkauf. Sollte sie der Stadt zur Schiene nachgeben, so würde sie sich nach neuen Mittel und Wege finden, dem entgegenzutreten. Der Bürgermeister empfiehlt nochmals mit Rücksicht darauf, daß dann die Stadt Herrin des Stadtrats würde, die Vorlage. Stadt. Biedermann empfiehlt, das Entlassungsverfahren einzuleiten, wenn es notwendig sei. — Die Vorlage wird einstimmig abgelehnt.

Anklage. Die Anklage des Lehrers in der Mädchen-Volksschule wird genehmigt. Da zu Herrn über hundert neue Schüler zu erwarten sind, sei die Errichtung einer Klasse notwendig geworden, da die Lehrer jetzt schon im Pentum an Stunden leiden. Anfangsgeld 900 Mark, Wohnungsgeld 200 Mark.

Mis. Die Stadtrichter sind Besonnen Grund genehmigt.

Rektion im Aufhänger der Luftkassette. Steuer für Musik-Automaten wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Dann folgt Staatsberatung. Der Etat der Snaben-Volksschule beträgt mit 41700 Mark, 1300 Mark mehr als im Vorjahre. Der Etat der Mädchen-Volksschule beträgt mit 30700 Mark, bei diesem Etat müssen 1000 Mark mehr für Abohen einstellt werden, was zu einer kurzen Debatte über das Heizungsverfahren Anlaß gab. Beide Etats wurden angenommen.

Polizeisch. 50 Mark Belohnung setzte die hiesige Polizeiverwaltung für die Ermittlung des Täters aus, welcher Sonnabend abends zwischen 5 und 7 Uhr auf der Wegsger Straße zu 307 Mark einen Diebstahl von 1000 Mark an der Stadt an beiden Augen hat und nur noch mit einem leichten Schimmer sieht, ist sie Kontraktlinie und bietet sich abends auf der Straße den Männern an, um sich vor dem Verzugern zu schützen. Sie erbit, wie schon oft, wegen ihres abendlichen Umverhaltens in den Straßen von dem Schöffengericht zwei Wochen Haft, Beantragt war auch Vernehmung der beiden Angeklagten.

Hebungs. Volkshändiger verbrannt ist die 5 Jahre alte Tochter des Bahnarbeiters Gärner. Derselbe war mit zwei anderen jüngeren Geschwistern allein in der Wohnung gewesen und hatte sich jedenfalls dem Feuer im Ofen zu sehr genähert, so daß ihre Kleider Feuer fingen. Die zurückkehrende Mutter fand ihr Kind an halbverbrannter Leiche vor, während die anderen beiden Kinder unversehrt geblieben waren, obwohl die ganze Straße von Rauch erfüllt war.

Torgau. Opfer der Arbeit. Beim Abtragen der Festungswälle hat sich in kurzer Zeit schon der vierte Unfall ereignet. Im Mittwoch wurde der Arbeiter Richter aus Treßkau durch stürzende Erdmassen vollständig verdrückt. Mit vieler Mühe wurde er schwerverletzt ausgegraben. In seinem Aufkommen wird gewartet.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

In der Juckerfabrik zu Schöffitz geriet der Weisenfelder Arbeiter zwischen die Räder eines Eisenbahnwagens und wurde schwer an Schenkel und Arm verletzt. Der Verletzte wurde in die Klinik der Brüder und die Mutter des Bednar-Bahnd, der bekanntlich mit einer großen Geldsumme flüchtig geworden, in Schaffhausen aber wieder ergriffen war. — Ein Vergewaltigungsverbot wurde auf ein junges Mädchen aus Giesleben durch zwei Männer gemacht. Hinsunehmende Landwirte befreiten das Mädchen aus seiner gefährlichen Lage und verlockten die Täter, von Giesleben zu entfernen. — In einem Wagon 3. Klasse eines Personenzuges Leipzig-Corbetha wurde einem Herrn aus Merzbürg von einer Frauensperson aus Weiskensfeld 20 Markstück aus dem in der Manteltasche befindlichen Portemonnaie genommen, während der Herr auf den Abort gegangen war. In Corbetha wurde die Diebin der Polizei übergeben. Dort gelangt die Frau nach langem Weigern, daß sie das Geldstück verdrückt habe.

Nachmals der Haushaltsbericht des Weisenfelder Magistrats.

Als Ergänzung unseres letzten Artikels drucken wir heute die Schlussrechnung ab, die im Schulmacher'schen Buchdruck-Genossenschaft in Weisenfeld von den Vorständen der Magistraten geht dahin, möglichst niedrige Preise im Rohmaterial zu haben, damit die Produktionskosten nicht so hoch steigen, weil ja der Preis des fertigen Fabrikats sich nach den Produktionskosten richtet. Bei der Frage des Zolltarifgegenstandes haben sich die Fabrikanten ungenügend dafür ausgesprochen, möglichst billiges Material zu haben. Der Bericht über die Kosten, daß der Preis für Rohstoffe dadurch zurückging, daß die Rohmaterialien nicht geteigert werden konnten, beweis, wie notwendig derartige Fragen behandelt werden.

Das Abgabegeld erhöht sich, wie mitgeteilt wird, über Deutschland, weniger auf das Ausland. Ein Verbot, in Preußen abzugeben, ist erforderlich, wenn der amtliche Schutzzoll nicht in der Konkurrenz mit dem Ausland mit denselben aufzunehmen, dürfte schon bei den heutigen Zolltarifen nicht schwer fallen. Die Furcht vor amerikanischer Konkurrenz hat das Gut gewirkt, bessere Rohstoffe und gefälligeren Formen derselben sowie bemehrte Arbeitsstellung einzuführen. Erfolgreich ist hierbei zu erfahren, daß die hohen Sätze gegen Schutzzollware nicht so notwendig sind, als man im Organ der Schul- und Schafffabriken gefahren hat. Dadurch, daß hier zugegeben wird, daß mit einer guten und soliden Ware der Konkurrenz begegnet werden kann, gibt man auch zu, mit seinen Produkten auf einem Punkt gefanden zu haben, wo jede Schutzzollware mit Konkurrenz trat. Ein Verbot gegen Schutzzollware ist nicht so notwendig, als man annehmen, selbst im Interesse der Arbeiter und liegt daher im Interesse eines jeden Industrieproleten.

Betriebe werden angegeben: 59 Schuh- und 6 Musikfabriken. An Krankenkassen für die in der Schuhindustrie beschäftigten

Personen sind vorhanden eine Ortskasse mit 2930 Mitgliedern und 12 Betriebskassen mit zusammen 1446 Mitgliedern. Zur Mitgliederzahl der Ortskasse ist zu bemerken, daß sich darunter ein erheblicher Teil freiwilliger Mitglieder befindet. Der Jahresbeitrag der Ortskasse beträgt 40135 Mk. Ueber die einzelnen Betriebskassen sei folgendes mitgeteilt:

Mitgliederzahl	Beitragsfonds	
Arland	146	Mk. 340
Barnau	105	500
Blakia	308	1133
Dietl	109	565
Edel	124	513
Mag	63	918
Schneel	97	490
Schnur	126	271
Seiler-Zeiler	94	680
Seiler-Zöhne	79	300
Seyfert Jun	48	250
Wandelbaum	57	100

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß viele Fabrikanen keine Freude an diesen Einrichtungen haben werden. Bekanntlich wurden ja die Betriebskassen eingerichtet, weil die Unternehmer nicht glaubten, etwas mehr für ihre fröhlichen Arbeiter ausgeben zu können. Die Gebemündigten zu diesen Neugeburten hat der Magistrat seiner Zeit übernommen, als er durch Zirkular die Unternehmer aufzufordern, Betriebskassen einzurichten. Auch hier bewies der Magistrat, welches hohe Verständnis er in sozialpolitischen Angelegenheiten hegt. Was die Entnahmen der einzelnen Kassen anbelangt, so wäre es interessant zu wissen, wie sich selbige zusammensetzen. Aus der angeführten Tabelle ist dieses jedoch nicht ersichtlich, ob außer den Wochenbeiträgen auch andere Beiträge der Kasse zugeflossen sind. Nach dem Statut der Betriebskassen ist dieses anzunehmen, denn es ist in selbigen festgelegt, daß alle Arbeitgeber, welche gegen Arbeiter verhandeln, den Kassen beizutragen haben. Wie hoch derartige Zuwendungen event. sind, läßt sich schwer sagen, weil die Statuten ohne jede Mitteilung der Arbeiter vollzogen werden. Angenommen ist aber, daß in manchen Fabriken die vollengehenden Entnahmen die Höhe der angemessenen Beitragsfonds erreichen. Todesfälle sind in den Kassen 38 vorgekommen; leider sind die Todesursachen nicht angegeben. Ein Verzeichnis läßt sich jedoch aus der Sterblichkeits-Tabelle des Berichtes entnehmen. Todesfälle waren im ganzen 586 zu verzeichnen. Für an Lungenerkrankten Verstorbenen waren zunächst 366 Kinder im Alter bis zu 10 Jahren in Abzug zu bringen. Von den 220 Verstorbenen sind an Schindlungs- und anderen akuten Krankheiten der Atmungsorgane 142 gestorben. Wie viel von den an Lungenerkrankten gestorbenen anderen Geschlechtern sind, ist der arbeitenden Bevölkerung anzuwenden, ist nicht ersichtlich. Jedenfalls hat aber Weiskensfeld wiederum den Ruf bewahrt, eine ausgescheidete Stätte für Lungenerkrankten zu sein. Der Unfallversicherung gehören 74 Betriebe der Beschäftigungsindustrie an. Die im Berichtsjahr erfolgten Rentenbewilligungen betragen für die Beschäftigungsindustrie 92920 Mk. In der Unfallversicherung wurden 1000 Anträge auf Altersrente anerkannt mit zusammen 135750 Mk., auf Invalidenrente wurden 45 Anträge gestellt und 41 anerkannt mit 5994 Mk. Im ganzen beziehen hier Altersrente 58 Personen mit zusammen jährlich 79750 Mk., Invalidenrente 122 Personen mit zusammen jährlich 163040 Mk. Auffallend hoch ist die Zahl der Anträge auf Invalidenrente. Derselbe hängt damit zusammen, daß in Lungenerkrankten, nachdem selbige als Invaliden anerkannt, aber noch nicht erwerbsfähig sind, der Not gehend, Anträge auf Invalidenrente stellen. Der unteren Verwaltungsbehörde gehören unsere Kollegen Junghans und Weise an. Der Fremdenverkehr auf der Herberge zur Heimat war im 324 Personen geblieben, jedenfalls ein Zeichen der steigenden Arbeitslosigkeit. Das Verzeichnis der Fremden, die im Berichtsjahr als Charakter von Weiskensfeld als Industrieort. Bahnverkehr: Personenbeförderung 358038, Eil- und Stückgut (Ein- und Ausgang) 28060 Tonnen, Wagenladungen (Ein- und Ausgang) 233000 Tonnen. Volkverkehr: Ausganganen sind 381230 Briefe, Karten, Drucksachen und 247465 Pakete. Geldeinzahlungen fanden im Betrag von 708550 Mk. statt. Bezugszahlungen wurden dagegen 601281 Mk. von der weiskensfeldischen Bevölkerung um rund 1396970 Mk. überwiegt. Dieser Ueberschuß ist als Geldzufluß für die Industrie anzusehen. Dieser ungeheure Verkehr in einer Stadt von 2761 Einwohnern ist das Spiegelbild der Industrie. Aber nicht nur der Verkehr allein zeigt die sehr ausgedehnte Industrie an, sondern auch die großen Zahlen der Lungenerkrankten, die nach oben erwähnt sind, beweisen den Mordtöt der die Arbeiterzeitung wird. Können wir, daß im nächsten Bericht der Magistrat sich mehr um die Lage derjenigen Klasse kümmert, die an und für sich am meisten die Folgen der Industrie zu tragen hat, anstatt dieselbe mit Spott und Hohn zu überschütten.

Zu den Gemeinderatswahlen.

Letzin.

Die Wählerlisten zu der im März ds. Js. stattfindenden Gemeinderatswahl liegen vom 15. — 31. Januar auf dem hiesigen Schulzettel zur Einsichtnahme aus. Es ist besonders die Pflicht der Wähler der dritten Abteilung, die Listen nachzusehen, ob kein Wahlberechtigter bergehen ist. Diejenigen, denen es unmöglich ist, persönlich nachzugehen, mögen sich bis Sonnabend, den 25. ds. Ms., beim Vertrauensmann melden, da derselbe die Sache am Sonntag erledigen wird. Die Verlamung zur näheren Beipredung betreffs der Wahlen, wird in kürzester Zeit bekannt gegeben.

Vriechers-Alein-Wittenberg.

Am 20. Januar ist ausgingelagt worden, daß die Wählerliste zur Gemeinderatswahl von 15. — 30. Januar ausliegt. Es ist Pflicht eines jeden Wählers, daß er die Wählerliste einricht resp. einsehen läßt. Diejenigen Gewissen, welchen es nicht möglich ist, die Liste einzusehen, wollen sich bei den Gewissen Stending, G. Zardner und Ziegler melden, welche das weitere besorgen.

Jahres-Hauptversammlung des Gewerkschafts-Kartells.

Sitzung vom 10. Januar 1902.

Bei starkem Besuche wurde die Sitzung pünktlich 9 Uhr eröffnet mit Bekanntgabe der Delegierten, die ihr Richteramt eintrittlich hatten.

1. Vorstandsbericht. Der Vorsitzende Ad. Diele gab einen gedrängten Bericht über den Verlauf der Verhandlungen des Kartells während des vergangenen Jahres. Die Statuten des Kartells wurden geändert, das Eintrittsgeld für die öffentlichen Gewerkschafts-Vermittlungen probeweise abgeändert, zur Teilnahme an dem Genossenschaftswesen (Konsumvereine) aufgeführt, eine Statistik über den Vorratverbrauch aufgenommen, die Gewerkschaftswahlen geordnet, wobei sich herausstellte, daß die Stellung der Kandidaten, die durch die Gewerkschaften erfolgte die Einmündigung der Aufstufung durch das Arbeitersekretariat beschließen, ein Delegierter zum Verbandstage der Gewerkschaften nach Uebert und alle laufenden gewerkschaftlichen Fragen geregelt. Das wichtigste vom Kartell ausgehende Werk war die Arbeiterlohnabklärung am 8. Dezember, welche mit einer Reihe von anderen durch die Arbeiterzeitung vorgenommen wurde und deren Ergebnis eine niederdrückende Antwort auf die Forderungen des obersten händischen Beamten bedeutete. — Bei den Stadtwahl-nennungen Anfang November haben die Gewerkschaften nach

heßen Kräften für die Arbeiterkandidaten gewirkt, trotzdem war es ihnen noch nicht möglich, den Sieg in allen Bezirken zu erringen.

Nach den 13 Sitzungen des Kartells wurden abgehalten 16 Verhandlungen und 7 öffentliche Gewerkschafts-Vermittlungen. Die Verhandlungen sind abgeändert worden, daß die Einbringlinge, welche nachts das Zeit zu führen suchten und eine Weilerrecher in Szene setzten, wofür sie mit mehrmaligem Gefängnis bestraft worden sind, bei dem Stadtwahl-nennungen für die Kandidaten der Kommunalverwaltung eingesetzt haben, wodurch sie am besten bewiesen, daß sie nichts mit den organisierten Arbeitern zu tun hatten.

Streiks oder Lohnbewegungen waren zu verzeichnen bei den Maurern, Steinmetzen, Formern, Zentlern, Schuhmachern, Zimmerern und Bauarbeitern (Zimmereibereit für die Maurer), Bergarbeitern, Barbieren und Tabakarbeitern. Trotz heldenmütigen Ringens und Ausdauerens war es den Maurern und Steinsetzern nicht möglich, Verträge zu erzielen; der am 27. April Abends, das die Verlamung der Maurer sich dem Zentralverbande angeschlossen.

Öffentliche Gewerkschafts-Vermittlungen wurden abgehalten im Februar: Kaufmann-Harburg über das Genossenschaftswesen, Mai: Segis-Nürnberg über die Sozial-gesetze, Juni: Schulze-Weitz über den Streit in Nordhausen, August: Gildenberg über den Handelskammerbericht, September: Gewerkschaftswahlen, in Göttingen: Beizmanger-Nürnberg über Mühlentaxation, Drucklose Telegraphie und Dar-munismus, November: Statutenänderung und Gildenberg über die Novelle zum Gewerkschafts-Gesetz.

Der Bericht, monatlich eine billige Prozedur an die Mitglieder der Gewerkschaften abzugeben, hat nicht den erwarteten Anlauf gefunden. Es wurden zwar abgeleitet im Januar von Wippsich Redten und Wändlers der Mieter 2900 Grempl, im März von Kners-Edrich-Edrich-Edrich-Edrich-Edrich-Edrich Grempl, aber die nächsten Prozeduren: April Braun's Ad-hundentag, Juni Sebrius Christum und Sozialismus, September Die erzielende Wahrheit fanden nur in weniger hundert Gremplern Abzug, und nur in November wurde der Volksdienst für 1902 wieder stark gefüllt. Anlässlich der traurigen wirtlichen Lage soll vorerst der monatliche Betrieb von Prozeduren ausgesetzt werden, obgleich volle Ueber-einstimmung herrscht, daß an der Idee, durch billige Massen-gehalt den Arbeitern gute Schriften zugänglich zu machen, festgehalten werden soll.

Differenzen zwischen den einzelnen Gewerkschaften kamen in vergangenen Jahre nur wenige vor; sie wurden sämtlich durch den Vorstand oder eine besondere Kommission geschlichtet. Ueber polizeiliche Eingriffe in das Verlamungswesen, die Metall-arbeiter zu fangen.

Neu organisiert und dem Kartell angeschlossen haben sich die Handlungsgesellen und die zu einer besonderen Sektion des Brauerverbandes zusammengetretenen Brauerer-Kilber-arbeiter, während die Dachdecker und die Elektro-Monteurer formen fortgezeigten Mitgliedschaft der Kartellstellungen aus dem Verzeichnis der Gewerkschaften getrennt wurden und die beiden Maurerorganisationen und Formerektionen sich zu je einer besonderen Sektion des Kartells angeschlossen. Die Mitglieder zu einer fröhlichen Organisation zusammenzuschließen, sind auch im vorigen Jahre vergeblich gemeint. Dagegen treten sich fast sämtliche bestehenden Organisationen trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Lage eines fröhlichen Lebens und fröhlichen Vordrängens. Nur die Steinarbeiter (Steinmetzen) hatten einige Zeit abwärts der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung gehandelt und sind jetzt neuerdings wieder im Kartell getreten. Bei Beginn des Jahres 1901 waren im Kartell 40 Organisationen vertreten. Da die Elektromonteurer getrennt wurden und der Maurerarbeitern sowie die zentralisierten Forme sich mit ihren Bruderorganisationen vereinigt und die Brauerer-Kilberarbeiter sowie die Handlungsgesellen neu dazu kamen, umfaßt das Kartell 1902 45 Organisationen. — Im Vergleich mit früheren Jahren stülte das Kartell 6 Gewerkschaften: 1898: 41, 1897: 31, 1896: 38, 1900: 40, 1901: 46, 1902: 45. Dabei ist zu berücksichtigen, daß im Laufe der letzten vier Jahre sich nicht weniger als sieben Verlamungsorganisationen aufgelöst und ihren Zentralverbänden angeschlossen haben, so daß die Zahl der bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen an sich beträchtlich zurückgegangen ist. Die Zahl der Mitglieder ist ebenfalls in Folge dessen, zur modernen Arbeiterbewegung zählenden Organisationen. Nur die erte einige Monate alte Organisation der Buchdrucker-Kilberarbeiter sieht ihm noch fern, doch hat auch sie beschlossen, nächsten Monat beizutreten.

Der Bericht der Sitzungen war ein ereignisreicher. Es waren vertreten in der

Januar - Sitzung 40 Organisationen durch 82 Delegierte,	
Februar	24
März	28
1. April	43
2. April	47
Mai	43
Juni	37
Juli	41
August	38
September	41
1. Oktober	37
2. Oktober	39
November	42
Dezember	42

Durchschnittlich waren in jeder Sitzung 40 Gewerkschaften vertreten mit insgesamt 805 Delegierten oder durchschnittlich 62 Delegierte in jeder Sitzung. Die frühesten und die spätesten folgende Gesamtzahlen an Delegierten, die die Sitzungen beendigt haben, auf: 1896: 220, 1897: 542, 1898: 628, 1899: 599, 1900: 662, 1901: 805.

In sämtlichen Sitzungen waren vertreten: Bäcker, Buchdrucker (Verb.), Buchdrucker (Gewerksch.), Fabrikarbeiter, Forme, Glaser, Geldeis- und Transportarbeiter, Holzarbeiter, Klempner, Landarbeiter, Metzger, Müller, Zentler, Schneider, Schneider-Zentler, Tabakarbeiter, Tapezier, Zimmerer (lokal), Zimmerer (zentral), Handlungsgesellen (im August beigetreten), insgesamt 22 Gewerkschaften. (1900 hatten nur 16 Gewerkschaften in seiner Sitzung gefehlt.) Einmal fehlten: Buchdrucker, Bildhauer, Böttcher, Brauer, Brauerarbeiter, Bergarbeiter, Kessel-schmied, Maurer, Zentlarbeiter, insgesamt 9 Gewerkschaften (1900: 4). 3 Mal fehlten: Barbier, Buchdrucker und Grod-arbeiter, Schmiedergesellen, Klempner, Schuhmacher, Tapezierer, insgesamt 6 Gewerkschaften (1900: 5). Dreimal fehlten: Konditor, Radfahrer, Kagerhalter, diemal: Stukka-ter, fünfmal: Kupfermeister, sechs mal: Lederarbeiter, sieben mal: Steinbauer.

Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit einem Hinweis auf die Sitzung, die das Kartell im neuen Jahre zu erfüllen hat und über welche in der nächsten Sitzung eingehender verhandelt werden soll.

2. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer F. Angermann. Daraus wurden im vergangenen Jahre vereinnahmt und verausgabt:

Einnahme:	
Kassenbestand am 1. Dez. 1900	948.38 Mk.
Beiträge der Gewerkschaften	4671.45
Zinsen	13. —
Jahresbericht	76.65
Zusatzbeitrag vom Gewerkschafts-fest	73.30
Vermittlungseinnahme	24.50

